

# Landkreis Friesland

## Niederschrift

über die 19. öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am  
Montag, 13. Dezember 2010, 14.30 Uhr, im Auditorium des  
Ausbildungszentrums Varel, Aeropark 3

---

**Beginn:** 14:30 Uhr

**Ende:** 18:15 Uhr

### **Anwesend:**

#### Mitglieder

Ambrosy, Sven	
Bastrop, Heide	
Brunken, Rainer	
Burgenger, Uwe	
Busch, Thomas	
Böcker, Rudolf	
Chmielewski, Iko	
Dierenga, Karin	
Eggerichs, Peter	
Gabbey, Dietrich	
Gburreck, Fred	
Grützner, Gisela	
Harms, Siegfried	
Heidenreich, Walter	(verließ die Sitzung nach Abstimmung zu TOP 9.4)
Herfel, Bärbel	
Heußen, Günther	
Hoppenheit, Christa	
Husemann, Horst-Dieter	(verließ die Sitzung während TOP 5.3.3)
Janßen, Dieter	(verließ die Sitzung nach Abstimmung zu TOP 9.4)
Janßen, Wolfgang	
Just, Janto	(verließ die Sitzung nach Abstimmung zu TOP 9.4)
Kaempfe, Hartmut	
Kaiser-Fuchs, Marianne	
Kammer, Hans-Werner MdB	(verließ die Sitzung während TOP 5.3.3)
Koch, Klaus-Peter	(verließ die Sitzung nach Abstimmung zu TOP 9.5)
Köhler, Bernd	
Lahl, Herbert	
Müller, Alfred	
Nieraad, Peter	
Onnen-Lübben, Reinhard	
Osterloh, Uwe	
Pauluschke, Bernd	
Polenz, Dirk von	
Ralle, Elfriede	

Ramke, Michael  
Recksiedler, Raimund  
Rost, Wilfried  
Schlieper, Ulrike  
Schwitters, Elfriede  
Sieckmann, Heinke  
Thiesing, Ralf  
Tischer, Peter  
Wimmer, Franz  
Zielke, Gustav

Angehörige der Verwaltung

Dehrendorf, Martin Dr.  
Gerdes, Gerda  
Kloß, Elena  
Rohlf-Jacob, Elke  
Klug, Sönke  
Wehnemann, Peter

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Kreistagsvorsitzender Paulusche eröffnete die Sitzung und hieß alle Anwesenden willkommen.

**TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Pauluschke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es hatte sich im Vorfeld der Sitzung abgemeldet 2. stellv. Landrat Lies; Kreistagsabgeordneter Gramberger wurde aufgrund einer Erkrankung entschuldigt. Ferner fehlte Frau Kreistagsabgeordnete Anja Kindo.

**TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Auf Bitte von Herrn Kreistagsabgeordneten Chmielewski kam der Kreistag darin überein, die politische Erörterung seines Antrages „Abschiebung von Angehörigen der Volksgruppe der Roma“ in den öffentlichen Sitzungsteil – dort TOP 9.5 – zu verlegen. Die Beschlussfassung dazu solle nichtöffentlich unter TOP 3.1.1 erfolgen. Unter Berücksichtigung dieser Änderung wurde die Tagesordnung festgestellt.

**TOP 4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 22. September 2010**

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

Sodann hieß Bürgermeister Wagner den Kreistag namens der Stadt Varel willkommen. Als kleines Weihnachtspräsent hinterließ er für alle Kreistagsmitglieder CDs eines Konzertmitschnitts. Mit den besten Wünschen für einen guten Sitzungsverlauf, das Weihnachtsfest und den Jahreswechsel verabschiedete sich der Bürgermeister.

Kreistagsvorsitzender **Pauluschke** bat darum, sich bei vorzeitigem Verlassen der Kreistagssitzung in die ihm vorliegende, neu eingeführte Abmeldeleiste einzutragen.

## **TOP 5     Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung**

### **TOP 5.1   - aus dem Kreisausschuss vom 27. Oktober 2010**

#### **TOP 5.1.1 Finanzbericht 3. Quartal 2010**

Landrat **Ambrosy** teilte mit, zum Ende des 4. Quartals habe die Kreisverwaltung weitere Verbesserungen zu verzeichnen; bis dato habe man erfreulicherweise nur eine geringe Nettokreditaufnahme (prognostiziert lt. Haushalt: 2,9 Mio. Euro) in Anspruch nehmen müssen. Das Jahr sei haushaltsmäßig schwierig verlaufen; vom allem im Ausgabenbereich „Jugend“ bestehe ein erheblicher Druck. Unter dem Strich werde das Jahr aber haushaltstechnisch positiver enden als vorausgesehen. Die von den Kreisgremien verabschiedeten Sparbeschlüsse würden 1 : 1 umgesetzt. Detaillierte Zahlen zum Jahresabschluss 2010 werde die Verwaltung so bald als möglich vorlegen.

Kreistagsabgeordneter **Just** stellte klar, der dritte Quartalsbericht enthalte den Begriff Sonderausschüttung/Dividende „der EWE“; tatsächlich handele es sich jedoch um eine Sonderausschüttung des EWE-Verbandes, also der Kommunen an sich selbst.

Landrat **Ambrosy** bedauerte die Verwendung der falschen Formulierung im Rahmen des Quartalsberichts; leider sei die Bezeichnung „Sonderausschüttung der EWE“ versehentlich „durchgerutscht“.

Der Kreistag nahm den 3. Quartalsbericht sowie die Prognose für den Abschluss des 4. Quartals zur Kenntnis.

## **TOP 5.2 - aus dem Kreisausschuss vom 17. November 2010**

### **TOP 5.2.1 Antrag des Kreistagsabgeordneten Herrn Iko Chmielewski, MMW, auf Beschlussfassung, dass der Landkreis Friesland nur solche Natursteinprodukte verwendet, die nicht aus Kinderhand stammen und ein entsprechendes Gütesiegel besitzen (BauA 9.11.) Vorlage: 810/2010**

Kreistagsabgeordneter **Chmielewski** bat gemäß Antrag um einen formalen Beschluss. Kreistagsabgeordneter **Thiesing** verwies darauf, letztlich gebe es keine ausreichenden Möglichkeiten, die Einhaltung der Kriterien von Gütesiegeln wirksam zu überprüfen; zuviele Händler seien zwischen geschaltet. Selbstverständlich stelle sich der Fachausschuss eindeutig hinter die Forderung, dass keine Produkte aus Kinderhand zur Verwendung kommen dürften. Wenn eine Kontrolle aber real nicht möglich sei, mache ein Beschluss keinen Sinn. Im Übrigen müsste dann ein solcher Beschluss auch auf viele andere Produkte erweitert werden, bei denen es Kinderarbeit gebe bzw. potenziell möglich sei.

Kreistagsabgeordneter **Wolfgang Janßen** erklärte, selbst bei Verwendung bestimmter Labels könne nicht sicher davon ausgegangen werden, dass Produktionsabläufe gänzlich ohne Kinderarbeit erfolgten. Das Thema betreffe auch den Bereich der Gewinnung seltener Erden in anderen Ländern sowie die daraus produzierten Erzeugnisse, weil im Abbau der Erden häufig Kinder im Einsatz seien.

Kreistagsabgeordneter **Pauluschke** schlug vor diesem Hintergrund vor, den Antrag von KTA Chmielewski sowie die Ausführungen des Landrates vom 17.11.2010 zur Kenntnis zu nehmen. Der Kreistag beschloss wie folgt:

#### **Beschluss:**

Der **Antrag** des Kreistagsabgeordneten Iko Chmielewski auf Beschlussfassung, der Landkreis möge nur Natursteinprodukte verwenden, die nicht aus Kinderhand stammen und ein entsprechendes Gütesiegel besitzen, **sowie** die dazu abgegebene **Erklärung** von Landrat Ambrosy vom 17.11.2010 (= Die Verwaltung achtet nach ihren Möglichkeiten bei jeglichen Vergaben darauf, keine von Kinderhand geschaffenen Produkte anzuschaffen oder zu verbauen) **werden zur Kenntnis genommen.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **TOP 5.2.2 Wahlvorschlag für die Ernennung des Kreisbrandmeisters und seines Stellvertreters (BauA 9.11.) Vorlage: 799/2010**

Landrat **Ambrosy** zeigte sich zufrieden, dass sich in beiden Leitungsfunktionen der Wachwechsel so reibungslos vollziehe. Frühzeitig sei durch den derzeitigen Kreisbrandmeister und seinen Stellvertreter darauf hingewirkt worden, dass Nachwuchsförderung und Schaffung eines guten Kreiskommandos einen hohen

Stellenwert erhielten. Mit Gerhard Zunken und Olaf Fianke werde man zukünftig über ein hervorragendes Team verfügen, das die bisherige erfolgreiche Arbeit auf allen Ebenen ohne Reibungsverlust fortsetzen werde.

Der Kreistag beschloss wie folgt:

**Beschluss:**

Auf Empfehlung der Stadt-, Gemeinde- und Ortsbrandmeister werden mit Wirkung vom 1. Juni 2011 der 2. stellv. Kreisbrandmeister **Gerd Zunken zum Kreisbrandmeister** und Oberbrandmeister **Olaf Fianke zum stellv. Kreisbrandmeister** unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 6 Jahren berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.2.3 Berufung als hinzugewählte Mitglieder in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur gem. § 75 NSchG  
Vorlage: 811/2010**

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – TOP 3.1.3 der Sitzung vom 17.11.2010 – beschloss auch der Kreistag wie folgt:

**Beschluss:**

Die Schülervertreter

- Mitglied Nico Blume (Realschule Varel)  
Rosenstr. 8, 26316 Varel
- Ersatzmitglied Neele Kruse (HS Obenstrohe)  
Wilhelmshavener Str. 13, 26316 Varel

werden für die Restdauer der Wahlperiode der Vertretungskörperschaft (bis 31.10.2011) in den Ausschuss für Schule, Sport und Kultur des Landkreises Friesland berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.2.4 Festsetzung des Termins der Landratswahl 2011  
Vorlage: 822/2010**

Der Kreistag folgte dem Votum des Kreisausschusses (TOP 3.1.4 der Niederschrift vom 17.11.2010) und beschloss wie folgt:

**Beschluss:**

Der Termin der Landratswahl 2011 wird auf den 11. September 2011 festgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.2.5 Bestimmung des Kreiswahlleiters und seiner Stellvertretung zur Kommunalwahl 2011**  
**Vorlage: 823/2010**

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – TOP 3.1.5 der Niederschrift vom 17.11.2010 - beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Nach § 9 Abs. 2 Ziff. 4 NKWG wird für die Kreiswahl 2011 **Erster Kreisrat Peter Wehnemann** zum Kreiswahlleiter und Herr Kreisamtmann **Mario Atzesdorfer** zum stellvertretenden Kreiswahlleiter berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.2.6 Kommunalwahl 2011; Berufung der Mitglieder des Kreiswahlausschusses**  
**Vorlage: 832/2010**

Auf TOP 3.1.6 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 17.11.2010 wird verwiesen. Der Kreistag nahm von der voraussichtlichen Zusammensetzung bzw. den Vorschlagsrechten der Parteien und Wählergemeinschaften für die Besetzung des Kreiswahlausschusses auf der Basis des letzten Kommunalwahlergebnisses:

SPD, CDU, FDP, GRÜNE, BfB und UWG je ein Mitglied und ein Stellvertreter

Kenntnis.

**TOP 5.2.7 Festsetzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011**  
**Vorlage: 820/2010**

Auf TOP 3.1.7 der KA-Niederschrift vom 17.11.2010 wird verwiesen. Der Kreistag beschloss wie folgt:

Beschluss:

Der vorgeschlagenen Zahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl 2011 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.2.8 Gewährung einer Aufwandsentschädigung an ehrenamtliche Wohnberater/innen des Landkreises Friesland**  
**Vorlage: 824/2010**

Gemäß Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 17.11.2010 (TOP 3.1.8) beschloss der Kreistag wie folgt:

**Beschluss:**

Den ehrenamtlichen Wohnberatern wird auf Nachweis ein Auslagenersatz bis zur Höhe von jährlich je 200 Euro gewährt.

Der daraus resultierenden 5. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Friesland über Aufwandsentschädigungen und Fahrkostenvergütungen für Ehrenbeamte und sonst ehrenamtlich Tätige vom 6. November 1992 (sh. Anlage zu Vorlage Nr. 824/2010 bzw. zur KA-Niederschrift vom 17.11.2010) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.2.9 Antrag der Kreistagsabgeordneten Anja Kindo, Linksbündnis, vom 27.10.2010 betr. Beibehaltung der Stichwahlen bei Landratswahlen**

Wie der Kreisausschuss (TOP 3.1.9 der Niederschrift vom 17.11.2010) sah auch der Kreistag das Thema als **erledigt** an, da das neue Nds. Kommunalwahlgesetz bereits verabschiedet ist.

**TOP 5.2.10 Leistungen für Bildung und Teilhabe im Rahmen des SGB II ab 2011**

**Vorlage: 818/2010**

Auf die Ausführungen TOP 3.1.10 der KA-Niederschrift vom 17.11.2010 wird verwiesen. Kreistagsabgeordneter **Harms** machte deutlich, für diese vom Bund vorgegebene Regelung für Bildung und Teilhabe im Rahmen des SGB II erwarte man angesichts des ohnehin schon erforderlichen Verwaltungsaufwandes die Übernahme der Kosten; diese Forderung sollte mit Nachdruck vertreten werden.

Der Kreistag beschloss wie folgt:

**Beschluss:**

Der Landkreis Friesland erklärt sein Interesse, nach § 29 Abs. 4 SGB II mit dem Abschluss der Vereinbarungen über die Erbringung von Leistungen für Bildung und Teilhabe und mit deren Ausführung und Abrechnung beauftragt zu werden, sofern eine praktikable Abwicklung der Erbringung der Leistungen geregelt ist.

Darüber hinaus muss eine auskömmliche und nachhaltige Finanzierung des zusätzlichen Verwaltungsaufwandes durch den Bund garantiert sein.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **TOP 5.3 - aus dem Kreisausschuss vom 8. Dezember 2010**

### **TOP 5.3.1 Klimaschutzkonzept für den Landkreis Friesland (UmweltA, WTKF + BauA 25.11.) Vorlage: 817/2010**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der KA-Niederschrift vom 8. Dezember 2010 zur Kenntnis. - Kreistagsabgeordneter **von Polenz** begrüßte die Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes, es enthalte eine Vielzahl transparenter Informationen als Basis für die nun anzustrebende laufende Fortschreibung.

Kreistagsabgeordneter **Just** befand eine Stromgewinnung durch Photovoltaik als zu teuer (Einspeisung: über 30 Cent/kWh gegenüber Windstrom mit unter 10 Cent/kWh; konventioneller Strom: ca. 6 Cent/kWh) und daher nicht förderungswürdig. Für jede Kilowattstunde geförderter Photovoltaik schieße der Verbraucher ca. 20 - 25 Cent zu. Derzeit sei eine Anhebung der EEG-Umlage um 1,7 Cent brutto pro kWh zu verzeichnen. Für alle Haushalte in Deutschland ergebe sich eine durchschnittliche Strompreiserhöhung von 7,5 % allein durch die Einspeisung erneuerbarer Energien. Die EWE erhöhe den Strompreis zum Jahreswechsel auch aus diesem Grund um 5 %.

Die gesetzten CO<sub>2</sub>-Einsparungsziele des Landkreises Friesland könnten allein durch Energieeinsparungen (Wärmedämmung/Heizungstechnik) und Windstrom mehr als erfüllt werden. Photovoltaik dagegen verteuere den Stromverbrauch für die Masse der Verbraucher in ganz Deutschland um nach heutigen Preisen 20 – 25 Mio. Euro jährlich. In Friesland mache Windstrom deutlich mehr Sinn als Solarstrom.

Im Übrigen sei der erwartete Klimaschutzeffekt durch CO<sub>2</sub>-Einsparung wissenschaftlich umstritten und in der im Konzept genannten Höhe nicht belegbar. - Allein die Forcierung der Energieeinsparung mache Sinn und erhöhe die Kaufkraft in der Region.

Der vorgesehene Klimaschutzbeauftragte habe kaum praktische Funktionen auszufüllen. Diese Stelle sei entbehrlich, so Herr Just, da die avisierten Einsparungen auch ohne eine/n Beauftragte/n erzielbar seien. - Aus den geschilderten Gründen sprach sich Herr Just gegen das Klimaschutzkonzept aus.

Kreistagsabgeordneter **von Polenz** erklärte, erst teure Energie verursache in der Bevölkerung den Impuls, Energie bzw. CO<sub>2</sub> einzusparen zu wollen. Konventioneller Strom, CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Atomstrom belasteten zukünftige Generationen. Es stehe dem Landkreis gut an, vor diesem Hintergrund mehr Engagement als bisher für Klimaschutz und alternative Energien zu zeigen.

Kreistagsabgeordneter **Burgenger** vermisste stellenweise klare Handlungsanweisungen. Der/die Klimaschutzbeauftragte habe die Aufgabe, CO<sub>2</sub> und Energie einzusparen und den Klimaschutz vor allem technologisch voran zu bringen. Das Ergebnis der Arbeit werde sich deutlich belegen lassen (z. B. prognostizierte 54 % Stromeinsparung in den Einrichtungen des Landkreises Friesland) und aufzeigen, dass die Personalkosten dieser Stelle um ein Mehrfaches erwirtschaftet würden.



Herr **Dr. Dehrendorf** erklärte, Detailfragen würden in den derzeit tagenden Arbeitskreisen erörtert. Die von Herrn Just aufgeworfenen Argumente seien durchaus gewichtet worden, daher entfalle nur ein sehr geringer Anteil der angestrebten CO<sub>2</sub>-Einsparungen auf den Bereich Photovoltaik. Planerisch verfare man daher auch sehr restriktiv bei der Ausweisung entsprechender Flächen. Im Kreisgebiet werde Photovoltaik in aller Regel nur dort erzeugt, wo entsprechende Flächen verfügbar seien.

Der Landkreis sei sich der Kostensituation zur Photovoltaik bewusst. Gleichwohl zähle aber auch das Argument der Technologieförderung. Man nehme – und so laute die Argumentation auch bei der Windkraft – in Kauf, dass diese alternative Energie einen höheren Preis habe; im Ergebnis erwarte man jedoch eine Kostensenkung. Vor diesem Hintergrund stelle das Klimaschutzkonzept des Landkreises einen tragfähigen Kompromiss dar.

Kreistagsabgeordneter **Wolfgang Janßen** sah das Problem in der Umsetzung des Konzepts. Stromerzeugung und -transport müssten hinterfragt werden. Noch vor 15 Jahren sei z. B. eine dezentrale Stromversorgung kein Thema gewesen. Fraglich sei auch, wie der Landkreis hinsichtlich der im Klimaschutzkonzept enthaltenen Tendenzen und Vorgaben auf die Kommunen einwirken wolle. - Der Klimaschutzgedanke sei vom Landkreis viel zu spät aufgegriffen worden. Das Kreisbauamt habe durch Heizungserneuerungen und bauliche Sanierungen in den vergangenen Jahren erhebliche Energieeinsparungen in die Wege geleitet.

Für den einzelnen Bürger stelle sich die Frage, ob energetische Sanierungen und Neuerungen für ihn bezahlbar seien und sich rentierten. Ob tatsächlich der erwartete Freisetzungseffekt von 60 Mio. Euro ersparter Energiekosten in der Region eintrete, müsse bezweifelt werden.

Kreistagsabgeordneter **Just** erklärte, die Subvention alternativer Energien könne nur unterstützt werden, sofern sie wirtschaftlich – wie im Falle der Windenergie - vertretbar sei im Verhältnis zu konventionellen Energiekosten. Solarenergie sei wirtschaftlich nicht vertretbar und förderbar.

Nach Abschluss der Wortmeldungen beschloss der Kreistag wie folgt:

**Beschluss:**

Das Klimaschutzkonzept für den Landkreis Friesland wird angenommen.

Die Klimaneutralität im Bereich elektrische Energie und Wärme soll bis zum Jahr 2025, im Bereich Mobilität bis zum Jahr 2030 erreicht werden. Mit dem Klimaschutzkonzept werden Wege aufgezeigt, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitliche Zustimmung bei  
43 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme

**TOP 5.3.2 Resolution gegen die Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke und zur Förderung und zum Ausbau erneuerbarer Energien; hier: Antrag des Kreisverbandes Friesland "Die Linke" (UmweltA 25.11.) Vorlage: 812/2010**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.3 der KA-Niederschrift vom 8. Dezember 2010 wird verwiesen. - Kreisagsabgeordneter **Chmielewski** unterstützte den Antrag. Vor allem im südlichen Kreisgebiet sei man aufgrund der räumlichen Nähe zum Kernkraftwerk Unterweser von einer Verlängerung der Laufzeiten betroffen. Der zunehmende Bürgerprotest und die Bedeutung der Thematik gebe Veranlassung dazu, eine Resolution im Sinne des Antrages zu verabschieden.

Kreistagsabgeordneter **Wolfgang Janßen** erklärte, ein gezielt für das KKW Esenshamm formulierter Antrag hätte Gegenstand eines Beschlusses sein können, weil der Landkreis Friesland hiervon tatsächlich berührt sei. In der allgemein formulierten Fassung des vorliegenden Antrages sei eine Beschlussfassung nicht angeraten. - Kreistagsabgeordneter **Burgenger** vertrat ebenfalls diese Auffassung. Eine Resolution aus Friesland mache an dieser Stelle keinen Sinn mehr, wenn man auch inhaltlich das Anliegen von Frau Kindo generell unterstütze. Die Entwicklung in Esenshamm gelte es gleichwohl im Auge zu behalten.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Pauluschke folgte der Kreistag der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses:

**Beschluss:**

Der Antrag auf Verabschiedung einer Resolution gegen die Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke und zur Förderung und zum Ausbau erneuerbarer Energien wird **als erledigt angesehen**.

**Abstimmungsergebnis:**

43 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme

**TOP 5.3.3 Haushaltsplan (Ergebnis- und Finanzhaushalt) und Haushaltssatzung 2011 (WTKF 30.11.)**

Landrat **Ambrosy** führte aus, für den Ergebnishaushalt 2011 habe sich erfreulicherweise erneut ein Ausgleich erzielen lassen. In Einnahmen und Auszahlungen seien 121,3 Mio. Euro zu verzeichnen; die geplante Nettokreditaufnahme von 1,9 Mio. Euro bewege sich im Rahmen des Kreistagsbeschlusses von 2009. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Friesland belaufe sich auf ca. 7 % und werde hoffentlich weiter sinken. Die gute Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise sei im Wesentlichen einer robuster aufgestellten Wirtschaft in der Region zu verdanken.

Die Verwaltung hoffe auch für 2011 das Jahr wie vss. in 2010 mit einer geringeren Nettokreditaufnahme abzuschließen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung setzten alles daran, an einem guten Ergebnis mitzuwirken und sich eng an die Vorgaben zur Ausgabenbewirtschaftung zu halten.

Wesentliche Bestandteile des Haushalts 2011 seien Sparen und Konsolidierung sowie Synergieerzielung durch interkommunale Zusammenarbeit. Bildung, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung werde Priorität eingeräumt. Der Landkreis Friesland verstehe sich immer mehr auch als Initiator und Motor regionaler Entwicklungen. Das Ausbildungszentrum Varel, in dem man heute tage, belege, wo Friesland Dinge anschiebe und Subventionen Sinnvolles hervor brächten.

Im Jahre 2003 seien 68 Mio. Euro an langfristigen Schulden zu verzeichnen gewesen; derzeit seien es noch 60 Mio. Euro. In 2003 habe das Fehl ca. 30 Mio. Euro betragen; aktuell ca. 14 Mio. Euro. Dieses Fehl gelte es weiter abzubauen.

Die Sonderausschüttung des EWE-Zweckverbandes sei zum Teil an die Kommunen weitergeleitet worden und reduziere ihren Haushaltsbeitrag an den Landkreis Friesland. Die Kreisumlage belaufe sich damit faktisch auf 53 Punkte, wenn auch eine Rückführung auf 52 Punkte wünschenswert wäre. Wenn die Konjunktur weiterhin positiv verlaufe, die Ausschreibungsergebnisse für große Baumaßnahmen günstig verliefen und die Daten und Fakten es zuließen, sollte für spätestens 2013 eine Senkung der Kreisumlage auf 52 Punkte in Betracht gezogen werden.

Der Ergebnishaushalt weise 1,6 Mio. Euro Überschuss aus. Die Haushaltssystematik gebe das Erfordernis eines solchen Überschusses vor, weil der Finanzhaushalt daraus mit finanziert werde. Die Investitionsquote sei zwar gut, aber angesichts des bestehenden Investitionsnachholbedarfs in den Kommunen müsse noch mehr getan werden.

Einen Risikofaktor stelle die Ausgabenentwicklung in der Sozial- und Jugendhilfe dar. Die demografische Entwicklung habe im Sozialbudget zu einer Ausgabensteigerung von 8 % bei der Hilfe zur Pflege und um 6 % bei der Behindertenhilfe geführt. Diese soziale Ausgleichsleistung des Landkreises stehe außerhalb jeder Diskussion, werde aber in den folgenden Jahren weitere Ausgabensteigerungen mit sich bringen. Land und Bund müssten hier – Stichwort Pflegenotstand/Pflegekassen – und in anderen Bereichen den Kommunen bei der Wahrnehmung dieser bedeutenden Aufgaben Unterstützung leisten. Bislang erließen Bund und Land Gesetze, deren kostenmäßige Ausflüsse stets die Kommunen zu tragen hätten. Das Volumen des Ergebnishaushalts habe sich in den vergangenen Jahren nicht sehr verändert, die Gestaltung der Aufgaben sehr wohl.

Im Bereich der Jugendhilfe sei es quasi unmöglich, eine genaue Budgethöhe zu prognostizieren. Einige wenige Fälle könnten hier enorme Auswirkungen auf die Ausgabensituation bedingen. Von 2009 auf 2010 habe es einen Anstieg von fast 10 % gegeben; mit weiteren Ausgabenerhöhungen sei zu rechnen. Präventive Ansätze im Jugendbereich und eine enge Verzahnung mit den Städten und Gemeinden seien angesichts dieser Entwicklung um so wichtiger.

Im Finanzhaushalt seien die investiven Schulbaumaßnahmen in Höhe von 5,5 Mio. Euro hervor zu heben; zusätzlich entfalle auf die schulische Bauunterhaltung ein Betrag von 3,6 Mio. Euro. Wichtig sei auch die Fortsetzung von Straßenbaumaßnahmen, die Wirtschafts- und Tourismusförderung. Dieses Geld komme den Städten und Gemeinden zu Gute. Eine enge Verknüpfung und strategische Abstimmung zwischen Landkreis und Kommunen zahle sich aus; die positive Entwicklung der Strukturdaten und der Modernisierungstrend der vergangenen Jahre beweise das. Die Umsetzung nehme etwas mehr Zeit in Anspruch, da man finanziell im Vergleich zu anderen weniger gut gestellt sei.

Für spätestens 2012 erwarte man den Abschluss des schulischen Modernisierungsplans. Dann strebe die Kreisverwaltung eine Senkung der Kreisumlage an. Auch noch stärker wolle man dann, so der Landrat, in die Schuldenanierung gehen. Dann werde sich zeigen, dass die Strategie gemeinsamer Schritte und enger Abstimmung sich bewährt habe.

Ein Dank für den Haushaltsentwurf 2011 gehe an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung. Im Vorfeld habe es intensive Diskussionen zu den Einzelbudgets der Fachbereiche gegeben. Die Haushaltsberatungen mit den Fraktionen seien intensiv und sehr angenehm verlaufen; auch dafür gelte es Dank zu sagen. Der „friesländische Weg“, Themen eingehend zu erörtern und mit möglichst breitem Konsens zu beschließen, sollte auch zukünftig beibehalten werden.

Kreistagsabgeordnete **Schlieper** nahm Stellung zum Haushaltsentwurf 2011:

Der Landkreis Friesland habe sich über die Jahre eine gute Perspektive erarbeitet. Mit Hilfe der Konjunkturpakete habe man die Wirtschaftskrise gut überstanden. Natürlich stabilisierten auch die Investitionen aus eigener Kraft in nicht unerheblicher Höhe, (das ist Wirtschaftsförderung vor Ort; um die 80% der Aufträge zur Schulbausanierung und Investitionen in die Wirtschaft bleiben z.B. in der Region) es stabilisiere auch die solide, breit aufgestellte Zukunftsstrategie des Landkreises.

Die strukturellen Maßnahmen der letzten Jahre hätten gegriffen; Mindereinnahmen bei der Kreisumlage 2010 von gut 2,1 Mio. € hätten im laufenden Haushalt durch eine faktische Haushaltssperre und durch globale Kürzungen von ca. 3% zu einer nur geringfügigen Neuverschuldung geführt. Für die Haushalts- und Ausgabendisziplin gelte es allen Beschäftigten der Kreisverwaltung zu danken.

Ausgabendisziplin durchhalten, Synergien durch Kooperationen erzielen und Investitionen in nachhaltige Projekte – das alles sei in Friesland die richtige Mischung.

Friesland gehöre zu den wenigen Landkreisen in Niedersachsen, die einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt mit 1,6 Mio. € Überschuss als Zuführung zum Finanzhaushalt vorweisen könnten, wie es der Gesetzgeber vorschreibe (zum 3.Mal in Folge ausgeglichen und in der mittelfristigen Planung bis 2014 sieht es auch so aus).

Die breite Zustimmung in den Beratungen zum Haushaltsentwurf 2011 bestätige den eingeschlagenen Kurs. Breite Mehrheiten für vernünftige Dinge – das habe in Friesland Tradition, das sei der friesländische Weg, wie es der Landrat nenne.

Den Fraktionen der Gruppe B90 Grüne/MMW und Linksbündnis und der UWG, der CDU und erst recht den Beschäftigten der Kreisverwaltung danke sie, so Frau Schlieper, für diese konstruktive, sachorientierte und erfolgreiche Zusammenarbeit. Die SPD/FDP-Gruppe hoffe sehr, dass alle gemeinsam diese Wahlperiode trotz des anstehenden Wahlkampfes und trotz einiger Meinungsverschiedenheiten auch in diesem Sinne erfolgreich im Oktober 2011 beenden könnten. Die Gruppe werde weiter gern dazu beitragen.

Die Ergebnisse der Anstrengungen in den letzten Jahren ließen mittlerweile einen vorsichtigen Optimismus zu. Die langfristigen Schulden seien nach Plan in der Höhe von 63 Mio. € zwar immer noch eine schwere Last, man hoffe aber im Rechnungsergebnis 2010 auf eine Minimierung. Nach Abschluss der

Schulsanierungen und Schulausbauten wolle man die Schuldentilgung dann deutlich beschleunigen.

Die Gruppe SPD/FDP beabsichtige bei Ende der Schulsanierungen, die Kreisumlage wieder auf den Wert von 52 Punkten zurückzuführen.

Im Haushalt 2011 seien fast 11 Mio. € für die **Schulen** bereitgestellt (Investive Maßnahmen über 5,4 Mio., Anschaffung von Schulinventar für rd. 1,8 Mio. und Bauunterhaltung für 3,6 Mio.).

Die großen Summen teilten sich z. B. wie folgt auf:

- für die Förderschule am Dannhalm 2,7 Mio. €,
- LMG Varel/Sanierung der Sporthalle für 460 Tsd.
- für die Komplettsanierung der BBS Varel/2. Bauabschnitt in Höhe von 2,1 Mio. €,
- Sanierung der Bauhalle der BBS Jever für 450 Tsd. €

Bauunterhaltung finde nahezu an jeder Schule statt, Investitionen für den Sport ebenfalls. Die Gruppe begrüße das Projekt „Sportforum Jever“; mit einer Verpflichtungsermächtigung seien Mittel im Haushalt bereitgestellt, damit nach Vorliegen der erforderlichen Beschlüsse der Stadt mit der Maßnahme begonnen werden könne.

Dem Ziel, das Schulinvestitionsprogramm 2011/2012 beenden zu können, komme man damit einen großen Schritt näher. Insgesamt seien von 2001 bis 2011 rund 60 Mio. € in die Schulen des Landkreises geflossen. Bis 2012 kämen noch einmal 17 Mio. hinzu. Auf diese Leistung könne man gemeinsam stolz sein.

Damit habe man fast alle Schulen zu Ganztagschulen umgebaut, Mensen eingerichtet, neue Schulen wie HRS und IGS gegründet, zwei neue Außenstellen der Gymnasien geschaffen sowie neue Fachunterrichtsräume gebaut und Klassen saniert. Damit habe man eine zukunftsfähige Struktur, eine gute Grundlage für die Bildung der Kinder geschaffen.

Doch fertig sei man an dieser Stelle noch nicht. Es müsse im Gegenteil mit voller Energie weiter voran gehen. Nach dem Leitsatz „Geteilte Zuständigkeit – gemeinsame Verantwortung“ solle eine am Bedürfnis des Kindes orientierte vernetzte Bildungslandschaft entstehen. Hierfür seien erste Mittel für Projekte als Innovationsfonds im Haushalt enthalten.

Damit verbinde man die Erwartung auf

- möglichst gute Bildungschancen für alle Kinder in Friesland,
- eine frühe und wirksame Förderung bei Vorliegen von Schwächen,
- die Zusammenarbeit aller zuständigen Akteure aus der Kinder- und Jugendhilfe, den Schulen, dem Gesundheitswesen, aus Sport, Kultur und Wirtschaft, orientiert am Bedürfnis des Kindes, nicht an der abgegrenzten Zuständigkeit.

All das müsse von Anfang an greifen, damit die individuellen Potenziale des einzelnen Kindes optimal gefördert würden.

In dem Konzept der Bildungslandschaft werde ein afrikanisches Sprichwort zitiert, das besage: „Es bedarf eines ganzen Dorfes, um ein Kind zu erziehen.“ Man hoffe, dass alle Städte und Gemeinden des Landkreises und alle relevanten Einrichtungen

hier in diesem Sinne engagiert mitwirkten, für die Kinder quasi dieses Dorf bildeten und die Friesländer Bildungslandschaft mit Leben füllten.

Auch Integration und Inklusion gehörten in diesen Zusammenhang. Man wolle dieses Thema mit den Beteiligten im Sinne der Kinder und ihrer Eltern verantwortungsvoll, Schritt für Schritt, angehen. Viele Eltern wünschten sich, ihr Kind auch mit einer Behinderung an der Regelschule vor Ort unterrichten zu lassen. Die „Schule“ wolle man auf jeden Fall fördern. Vorstellbar sei, mit ein bis zwei Schulen als Modellschulen die Arbeit aufzunehmen. Für nachfolgende Schulen könnten diese Erfahrungen und Leitsätze sodann übernommen werden.

Das Sozialpolitische und Bildungspolitische, so Frau Schlieper, sei ein zentrales Element für nachhaltige Finanzpolitik. Für die Menschen im Landkreis sei dies genau so wichtig wie für die Erhaltung der Finanzkraft. Die Finanzstruktur habe sich massiv geändert: 1974 seien 12,4% der Gesamtausgaben für soziale Leistungen (Sozial-/Jugendhilfe usw.) aufgewendet worden; bis heute habe sich der Anteil um mehr als 140% gesteigert. Hier gelte es durch präventive Maßnahmen gegenzuhalten.

Überplanmäßige Ausgaben im Fachbereich Jugend und Familie trage man daher mit, denn durch gesteigerte Aktivitäten auf der Ebene rechne man mittelfristig mit Einsparungen.

Dabei gehe es auch nicht ohne Schulsozialarbeit. Obwohl sich das Land an der Stelle aus der finanziellen Verantwortung ziehe, müsse Friesland für seine Kinder Geld in die Hand nehmen.

Ebenso sinnvoll sei es, sich auf die demografische Entwicklung einzustellen. Dazu gehörten Angebote, Beratung und Betreuung – dazu gehöre es aber auch, nicht nur die Risiken, sondern auch die Chancen einer älter werdenden Kommune zu sehen und zu nutzen. Das Potenzial und die Ressourcen der Älteren sollten nach Möglichkeit eingebunden werden; das Senioren-Service-Büro könne eventuell zukünftig diese Koordinationsaufgabe wahrnehmen und mithelfen, das Bewusstsein dafür zu schärfen.

Hier auf dem Gelände und in den Räumen des Ausbildungszentrums Varel sei das Thema Zukunft und Perspektive in Friesland zum Greifen nah. Mit dem „Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung“ sei in gemeinsamer Anstrengung des Werkes Premium Aerotec und des Landkreises Friesland sowie der Stadt Varel ein Meilenstein geschaffen worden. Die gestern bekannt gewordene Zusage des EADS- Chefs Louis Gallois für den Standort Varel bestätige und belohne den massiven Einsatz vor Ort und in der Region.

Der Beginn des 2. Bauabschnitts des Aeroparks stehe unmittelbar bevor; die Stadt Varel werde hierzu am 16.12.2010 den entsprechenden Bebauungsplan verabschieden. Hierfür gelte es im voraus Dank zu sagen, und man hoffe sehr, dass auch weitere Projekte auf dem hiesigen Gelände sich so reibungslos mit der Stadt Varel durchführen ließen.

Besonders unterstütze man die Aktivitäten des Werkleiters Uwe Fresenborg und von Landrat Ambrosy, auch eine hochschulische Ausbildung hier an den Standort holen. Gemeinsam mit der Stadt Varel werde man wohl auch diese Pläne zu einem guten Abschluss bringen.

Die großen Unternehmen wie Premium Aerotec, Papier und Karton und Brauerei Jever sowie viele andere mehr, auch die Banken und andere Institutionen und Firmen hätten erkannt, dass neben der wirtschaftlichen Weiterentwicklung auch die Energieeinsparung und der Klimaschutz sich rechneten. CO2-Einsparungen würden für Unternehmen zukünftig zu einer Art „Zweitwährung“. Dieser Faktor beeinflusse massiv Kauf- und Investitionsentscheidungen, steuere den Kapitalfluss und werde so zu einem echten Wettbewerbsaspekt.

Die Gruppe SPD/FDP bedanke sich bei allen Akteuren, die an der Entwicklung des Klimaschutzkonzeptes mitwirkten. Mit der Erstellung des Konzeptes sei ein Anfang gemacht, jetzt beginne die Umsetzung. Die Einstellung einer/eines Klimaschutzbeauftragten sei erforderlich, weil sie/er alle Maßnahmen anzuschieben und zu koordinieren habe und als Ansprechpartner für Betriebe und Firmen bereit stehen müsse.

Die Wirtschafts- und Tourismusförderung sei mit insgesamt fast 900 Tsd. € wieder ordentlich ausgestattet – ein MUSS für den Landkreis Friesland.

Ein MUSS für die Region sei die gute verkehrliche Hinterlandanbindung des Jade Weser Ports. In Süddeutschland würden derzeit Milliarden investiert und damit die Häfen der Nachbarländer durch eine bessere Infrastruktur enorm gestärkt. - Die Anbindung des eigenen Hafens habe für die Bundesregierung offenbar nicht annähernd den gleichen Stellenwert. Die Diskussion der letzten Wochen sei blamabel, schädlich für Investitionen und für Deutschlands Tiefwasserhafen völlig unangemessen gewesen.

Hier vor Ort wisse man, dass man immer alles hart habe erkämpfen müssen; im Norden bekomme man nichts geschenkt. Allen Abgeordneten und der Kreisverwaltung gelte daher ein Dank für die Initiative. In diesem Engagement dürfe man nicht nachlassen. Jede Gelegenheit müsse genutzt werden, um den hiesigen Wirtschaftsraum in den Köpfen zu manifestieren und die Wahrnehmung der Region zu verstärken; nur so könne das Projekt JadeWeserPort gelingen. Den Part für die notwendige Bahnumgehung Sande habe man erledigt, bis zu 1,5 Mio. € seien im Investitionsplan fest vorgesehen.

In diesem Sinne wünsche sie allen, so Frau Schlieper, für das letzte Haushaltsjahr der Wahlperiode noch viel Energie und Tatkraft. Sie danke allen für die gute Zusammenarbeit. Den Pressevertretern gelte ein Dank für die engagierte Berichterstattung. Allen Anwesenden wünschte Frau Schlieper ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Jahreswechsel.

Kreistagsabgeordneter **Kammer** stellte für die CDU-Kreistagsfraktion fest, der Haushalt 2011 sei geprägt von der Erkenntnis, dass man gemeinsam die Finanz- und Wirtschaftskrise gut überstanden habe. Durch Konjunkturprogramme von Bund und Land seien Projekte verwirklicht worden, die sonst nicht möglich gewesen wären. Auf diesem Weg von Wachstum, sinkender Arbeitslosenzahl und Stärken der Region gelte es weiter zu arbeiten.

Der Haushalt weise ein Volumen von rd. 121 Mio. Euro aus. Die Nettokreditaufnahme belaufe sich auf 1,9 Mio. Euro und hätte im Grunde weiter abgebaut werden sollen. Die Situation sei aber der Schulbausanierung geschuldet, wo man gemeinsam eine enorme Leistung vollbracht habe. Nach einem erheblichen

Sanierungsrückstand könne man in 2011 voraussichtlich die Liste der Schulsanierungsmaßnahmen abschließen. Zukünftig müsse im Auge behalten werden, dass bauliche Rückstände in dieser Form nicht wieder einträten.

Die Kreisumlage belasse man bei 54 Punkten – faktisch gesenkt um 1 Punkt durch die Beteiligung der Kommunen an der Sonderausschüttung des EWE-Zweckverbandes. Welche Gruppierung im Kreistag nach der Kommunalwahl im September 2011 über die zukünftige Höhe der Kreisumlage zu befinden habe, bleibe abzuwarten.

Die Wirtschaftsförderung mit 870.000 Euro sei u. a. im Hinblick auf den JadeWeserPort erforderlich. Besonders zu erwähnen gelte es auch das Unternehmen Nordfrost in Schortens, das mit seiner positiven Entwicklung ein Leuchtturm in der Region sei. Hinsichtlich der Hinterlandanbindung für den JWPort dürfe die frühere Bundesregierung nicht unerwähnt bleiben. Unter der damaligen rot-grünen Regierung seien die Investitionsentscheidungen für Süddeutschland getroffen worden.

Bevölkerung und politische Vertreter insgesamt hätten dafür gekämpft, dass in 2011 mit dem zweigleisigen Ausbau begonnen werde. Allen gelte es dafür Dank zu sagen. Der Bedeutung der hiesigen Region sei man sich in Berlin sehr wohl bewusst. Nicht von ungefähr tage in 2011 die Maritime Konferenz auf Vorschlag der Bundeskanzlerin in Wilhelmshaven auf der JWPort-Baustelle. Die Region stehe dann im Fokus Deutschlands.

Die Personalkosten des Kreishaushaltes verzeichneten für 2011 einen Anstieg um rd. 8 %. Ursache hierfür sei u. a. die Übernahme der Kommunalbediensteten im Bereich des Job-Centers.

Man veranschlage Kosten von über einer halben Million Euro für den Straßen- und Radwegbau. Kostensteigerungen seien durch witterungsbedingte Einflüsse des Winters zu befürchten. Auch in diesem Bereich müssten Sanierungsrückstände vermieden werden.

Der Schuldenstand belaufe sich auf rd. 60 Mio. Euro. Die Risiken lägen im Bereich des Jugendhilfe- und Sozialesats; hier sei die Kostenhöhe kaum greifbar. Bund und Land seien um einen gerechten Ausgleich bemüht, wie man nachhaltig die Landkreise und Kommunen stärken könne. Dabei gehe es z. B. um eine Stabilisierung der stark schwankenden Gewerbesteuererträge.

Hinsichtlich des Job-Centers gehe man davon aus, dass sich der Kreistag mehrheitlich für die Fortsetzung der Arge entscheiden werde. Die CDU-Fraktion halte diesen Weg für die richtige Entscheidung.

Die vor zwei Jahren eingeforderte Bildungslandschaft Friesland werde nun gemeinsam umgesetzt und voran getrieben.

In den kommenden Monaten werde die CDU-Fraktion Stellung zu den Schulstandorten in Friesland beziehen. Es könne keinen zweiten IGS-Standort in Friesland geben; der demografische Wandel, aber auch die finanziellen Gründe sprächen dagegen. Ziel der Fraktion sei es, die in Friesland vorhandenen Gymnasien zu stärken und die HS/RS-Standorte zu sichern, indem man sie zu Oberschulen umwandle. Dies sei Voraussetzung für einen verlässlichen Ganztagsschulbetrieb mit entsprechenden Lehrkräften und damit für eine Stärkung



der Schulstandorte. In der Schullandschaft sei auch zu berücksichtigen, dass Schortens demnächst über keine HS/RS mehr verfüge.

Die CDU-Fraktion habe im Rahmen der Haushaltsberatungen verdeutlicht, dass man die Einstellung einer/eines Klimaschutzbeauftragten mittragen werde. Man lege aber Wert darauf, dass diese/r Mitarbeiter/in vor allem in Außenwirkung mit den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen zusammen arbeite. Die Mitarbeiter der Kreisverwaltung seien für diese Thematik im Grunde ausreichend sensibilisiert. In Friesland würde sich auch der Bereich der weißen Industrie als gutes Betätigungsfeld für die Forcierung des Klimaschutzes anbieten. Der Bund fördere entsprechende Maßnahmen für drei Jahre mit 50 %. Die CDU-Fraktion unterstütze die Anstrengungen für den Klimaschutz ausdrücklich.

Hinsichtlich des Sportforums Jever erhoffe man verbindliche Zusagen der Stadt Jever, um eine Abrundung und Weiterführung des Projektes zu erreichen.

Über die gemeinsam getragenen Maßnahmen hinaus liege die Zielsetzung der CDU-Fraktion in einer noch stärkeren Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, in der Stärkung der kommunalen Familie und der gleichmäßigen Verteilung finanzieller Lasten. Vielleicht gelinge es durch noch genauere Vorplanungen, eine im Jahresergebnis erzielte Besserstellung des Landkreises im Vergleich zu den kreisangehörigen Städten und Gemeinden im voraus zu vermeiden.

Die Stärken der Region seien, so Herr Kammer, die Luftfahrtindustrie, die Nähe zum tiefen Fahrwasser, Landwirtschaft, Touristik und die Chancen einer Bildungslandschaft. Für Friesland und die Region sei in den kommenden Jahren Vieles erreichbar,

Der Haushalt 2011 setze die Beschlüsse der Kreisgremien aus 2010 um; für Sonderwünsche sei kein Platz gewesen. Ein Dank gehe an die Verwaltung für die Vorbereitung und Erläuterung des Haushalts; ein besonderer Dank gehe an Herrn Höfer, der den Haushalt letztmalig in seiner Dienstzeit präsentiert habe und jede Frage beantwortet habe.

Im Jahr 2011 werde die CDU-Fraktion die Umsetzung des Haushalts sehr konstruktiv und intensiv begleiten und keine Auswüchse zulassen. Die Fraktion stimme dem Haushalt zu, danke für eine gute Zusammenarbeit und wünsche schöne Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Kreistagsabgeordneter **Just** bezog sich auf den erwähnten Schuldenstand von 60 -63 Mio. Euro an langfristigen Schulden; diese Höhe entspreche aber nicht den Tatsachen. BfB habe im Verlaufe der Haushaltsberatungen um eine Zusammenstellung der Schulden gebeten, gerade auch für den Bereich des Abfallzweckverbandes. Leider sei bislang noch keinerlei Übersicht zur Verfügung gestellt worden, so dass man für eine Bewertung nur auf die Zahlen für das kommende Jahr zurück greifen könne. Die BfB-Fraktion hätte gern eine Zusammenstellung der Entwicklung in den vergangenen 10 Jahren.

Zu den genannten langfristigen Schulden seien ca. 14 Mio. Euro Defizit aus den kameralistisch geführten Haushalten hinzu zu addieren, die zurzeit nicht ausgewiesen würden. Zu diesen dann 75 Mio. Euro sei der 2/3-Anteil des Landkreises an den Schulden des Abfallzweckverbandes hinzuzuziehen. Diese Schulden erhöhten sich in 2011 nochmals um 10 Mio. Euro; auf den Landkreis

Friesland entfielen dann 43 Mio. Euro Zweckverbandsschulden. So gelange man zu Gesamtschulden von rd. 115 Mio. Euro, für die Zinsen und Tilgung durch die Bürger des Landkreises zu erbringen seien; der Schuldenstand sollte daher nicht beschönigt werden.

In den vergangenen acht Jahren habe der Landkreis keinerlei Netto-Schuldentilgung zu verzeichnen. Den genannten Betrag von 5 – 8 Mio. Euro netto-Tilgung nehme man allein in 2011 wieder als Kredit auf. Vielmehr sei vermutlich von einer Rekordverschuldung auszugehen, die nicht dargestellt bzw. von der Verwaltung nicht widerlegt werde.

Die BfB-Fraktion stelle zwei Anträge und mache davon ihr Votum abhängig:

a)

Die BfB-Fraktion fordert, dass der Kreis den Kommunen nicht nur 700.000 Euro aus der Sonderausschüttung des EWE-Verbandes abgibt, sondern die Hälfte des Ausschüttungsbetrages = ca. 1,34 Mio. Euro.

Alternativ wird die Kreisumlage um 1 Punkt gesenkt.

b)

Die BfB-Fraktion beantragt, in den Haushaltszielen zu verankern, dass der Landkreis Friesland im Verbund mit den anderen Kommunen von der EWE eine angemessene Ausschüttung für die Kapitalerhöhung erhält.

Begründung: 16 % der Anteile im Wert von rd. 1 Mrd. Euro seien der EWE als Kapitalerhöhung zur Verfügung gestellt worden. Für diese 1 Mrd. Euro stehe den Kommunen eine angemessene, dauerhafte Verzinsung bzw. Dividende zu. Wenn EWE diese Summe auf dem Kapitalmarkt aufnehmen müsste, hätte sie dafür ca. 5 % Zinsen zu zahlen und müsste den aufgenommenen Betrag zurück zahlen. Auf die Tilgung gegenüber den Kommunen könne verzichtet werden, nicht aber auf die Verzinsung, da die Kommunen selbst hoch verschuldet seien und das Geld nicht entbehren könnten.

Der Anteil des Landkreises Friesland an dieser Milliarde belaufe sich auf rd. 100 Mio. Euro; ein solch hoher Betrag dürfe ohne Gegenleistung nicht zur Verfügung gestellt werden.

Kreistagsabgeordneter **Burgenger** dankte der CDU-Fraktion für die positive Haltung zur Einstellung einer/eines Klimaschutzbeauftragten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde den Haushalt 2011 mit tragen, auch wenn es Kritikpunkte gebe. Kreistag und Verwaltung könnten auf die in den vergangenen 10 Jahren vollbrachte Schulbausanierung stolz sein, die voraussichtlich in 2012 ihren Abschluss finde.

Ziel müsse es sein, die Kreisverschuldung nachhaltig zu senken. Auf eine Reduzierung des Kreisumlagesatzes sollte sich der Landkreis nicht festlegen, zumal sich die Kommunen hinsichtlich der Intensivierung interkommunaler Zusammenarbeit schwer täten.

Im Übrigen sei es undenkbar, dass ein Zweckverband seine Aufgaben bewältige und Investitionen tätige, ohne dafür Rücklagen zu bilden. Zweckverbandsschulden den kommunalen Schulden hinzuzuziehen, sei daher falsch.

Sorge bereite der Bereich Jugend und Soziales aufgrund der damit verbundenen Risiken. Hauptziel für die Zukunft müsse die Schuldensenkung des Kreises sein.

Kreistagsabgeordneter **Zielke** verwies auf den Antrag der Grünen zur Errichtung eines Pflegestützpunktes. Er wiederhole heute diesen Antrag, da die Pflegekosten um 6 % anstiegen und der Landkreis diese Gelder zu tragen habe. Wenn ein Pflegestützpunkt diese Aufwendungen um ca. 1 - 2 Prozentpunkte reduzieren helfe, so erwirtschafteten sich bereits die Personalkosten dieser Einrichtung. Je eher eine solche Entscheidung falle, so wahrscheinlicher sei eine finanzielle Beteiligung des Bundes. Ab 30.06.2011 gebe es keine Zuschüsse mehr zu den Investitionskosten; es blieben dann nur noch 30.000 Euro jährlicher Zuschuss zu den Personalkosten. Die Fraktion erneuere daher ihren Antrag, heute über die Einrichtung eines Pflegestützpunktes zum 1. April, spätestens zum 1. Juni 2011, zu entscheiden.

Kreistagsabgeordneter **Harms** führte aus, auch die angespannte Haushaltssituation der Städte und Gemeinden dürfe nicht vergessen werden. In kommunale Einrichtungen und kreiseigene Immobilien habe der Landkreis in den vergangenen Jahren viel investiert und damit zukunftsorientiert gehandelt. In diesem Bereich werde die Ausgabenhöhe sinken, nicht vergessen dürften darüber die Investitionen im Straßenbau.

Auch in den Städten und Gemeinden bestünden finanzielle Engpässe und ein Bau- und Sanierungsstau. Die Kommunen seien im wesentlichen auf Steuereinnahmen angewiesen, die nicht ohne Weiteres durch höhere Steuersätze anzuheben seien. Wie bereits angedeutet, sollte ihnen hinsichtlich der Kreisumlagenhöhe entgegen gekommen werden. Dem Landkreis müsse an der guten finanziellen Situation der Kommunen liegen, die auch auf den Kreishaushalt ausstrahle.

Herr Harms dankte namens UWG/SWG und SDV Herrn Höfer für die Erläuterungen im Rahmen der Haushaltsberatungen. Er dankte allen Kreistagsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit und wünschte schöne Feiertage und ein gutes Jahr 2011.

Kreistagsabgeordneter **Wolfgang Janßen** dankte der Verwaltung für die Erstellung des transparenten und gut lesbaren Haushaltsentwurfs 2011. Der Haushalt belege einen hohen Investitionswillen und damit einen hohen Finanzbedarf. Kredite seien abzuziehen, Liquiditätskredite zu addieren.

Der Kreisumlagesatz betrage 54 Punkte; der an die Kommunen weiter geleitete Betrag von 700.000 Euro aus der Sonderausschüttung des EWE-Verbandes stehe damit im Grunde nicht im Zusammenhang. Finanzielle Erleichterungen für bzw. Zuschüsse an finanzschwache Gemeinden (500.000 Euro Gem. Wangerland, 900.000 Euro Stadt Varel, Zuschuss Brückenbauwerk Hohenkirchen = 300.000 Euro an die Gem. Wangerland) seien im Rahmen der kommunalen Familie ungerecht. Für den Gegenwert der gewährten finanziellen Erleichterungen hätte man die Kreisumlage um 2 Punkte senken können. Es stelle sich die Frage, ob diese Art von „Bedarfszuweisungen“ rechtlich zulässig sei; diese seien Aufgabe des Landes.

Die Aussicht, nach Abschluss des Schulsanierungsprogramms werde sich die Situation für den Landkreis entspannen, sei fraglich.

Erhebliche Überschüsse im Ergebnishaushalt durch Anstieg der Kreisumlageerlöse – es werde schwierig für die Kommunen sein, diese bis 2014 auf ca. 41 Mio. Euro avisierten Beträge zu leisten, zumal die Steuereinnahmen z. B. durch immer mehr

400-Euro-Jobber wegbrächen. Auch die Erlöse aus der Gewebesteuer ließen zu wünschen übrig.

Die Vorgaben für die künftige Haushaltsentwicklung seien mit erheblichen Risiken für den Landkreis und die Gemeinden behaftet. Eine nachhaltige Haushaltswirtschaft sei nicht erkennbar; dies könne bis zur Handlungsunfähigkeit führen. Spätestens dann werde es Zwänge für Zusammenlegungen von Kommunen geben.

Der Investitionshaushalt enthalte Positionen, bei denen es sich um Bauerhaltungsmaßnahmen handele. Diese Summen seien dem Ergebnishaushalt zuzuschlagen. Derzeit verfüge der Ergebnishaushalt lt. Haushaltsentwurf über ein Plus von 1,56 Mio. Euro; bei Herausnahme der Bauerhaltung aus den Investitionsausgaben verbleibe man bei +/- Null oder gelange ins Minus.

Es bleibe abzuwarten, ob das Land Niedersachsen den Haushalt 2011 genehmige.

Kreistagsabgeordneter **Böcker** signalisierte die Zustimmung der SDV-Fraktion. Der Haushalt enthalte viele gute Projekte und Vorschläge. Es bleibe der Wunsch auf Senkung der Kreisumlage, denn z. B. der Stadt Varel helfe jeder Euro angesichts der sehr angespannten Haushaltslage.

Ein Dank gelte der CDU-Fraktion für die Beteiligung der SDV an der Haushaltsvorstellung sowie der Kreisverwaltung für die gute Vorbereitung. Herr Böcker wünschte schöne Weihnachten und einen guten Jahreswechsel.

Kreistagsabgeordneter **Chmielewski** stellte fest, auch in schlechten Zeiten sei finanzielle Flexibilität wichtig, um Investitionen zu tätigen. Dazu gehörten ausdrücklich auch die Investitionen des Abfallzweckverbandes zur Einführung neuer Technologien, um diese zukünftig gewinnbringend für die Bürger des Kreises einsetzen zu können. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion biete es sich an, die Investitionen für den Zweckverband in einer offiziellen Broschüre vorzustellen, um den Bürgern darzustellen, wie die von ihnen erbrachten öffentlichen Mittel verwendet würden und welche Perspektiven sich daraus ergäben. Durch Transparenz lasse sich Kritik am besten entgegen wirken.

Auch über die Wirtschaftsförderung leiste der Landkreis Erhebliches; in Varel zeige sich dies besonders. Möglicherweise könne die Stadt zu ihrer eigenen Schuldentilgung ihrerseits die Förderung etwas zurück fahren, um den Haushalt zu konsolidieren.

Eine Senkung der Kreisumlage komme derzeit nicht in Betracht; der Kreis müsse zunächst seine Finanzen konsolidieren und die Schulsanierungen abschließen. Ob dann eine Senkung auf vss. 52 Punkte machbar sei, werde man zu gegebener Zeit prüfen.

In die gute Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung setze man große Erwartungen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich für die Beantragung des Optionsmodells ausgesprochen. Dieses Modell sei eine Investition in die Zukunft. Regional sei der Landkreis gut aufgestellt und verfüge über gute Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen und Bildungseinrichtungen; den Arbeitsuchenden käme die Aufgabenwahrnehmung durch den Landkreis insofern zugute.

Kreistagsvorsitzender **Pauluschke** resümierte, allen Beteiligten sei klar, dass der Haushalt 2011 straff kalkuliert sei. Forderungen nach einer gleichzeitigen Senkung der Kreisumlage und finanziellen Zuschüssen und Hilfen des Kreises für Projekte in den Gemeinden widersprüchen dieser Tatsache.

Kreistagsabgeordneter **Gabbey** stellte fest, der Landkreis verfüge über Mitgliedschaften an verschiedensten Zweckverbänden. Ausdrücklich sei aber darum gebeten worden, gerade die Schulden des Abfallzweckverbandes doch dem Schuldenstand des Landkreises hinzu zu zählen. Es müsse darauf hingewiesen werden, dass es in 2011 eine Eröffnungsbilanz, in 2012 die Konzernbilanz zu allen Beteiligungen geben werde.

Leider werde in der Öffentlichkeit durch die heutige Diskussion der Eindruck erweckt, als gäbe es eine Alternative zur Finanzierung der Wiefelser Investitionen. Ein Zweckverband sei im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung gezwungen, die erforderlichen Mittel auf dem Kreditmarkt aufzunehmen. Entscheidend sei letztlich, ob die damit erbrachten Leistungen einem Vergleich mit Alternativen Stand hielten. Bei einer Gegenüberstellung des erheblichen Aufwandes am Standort Wiefels mit den den Bürgern auferlegten Kosten lasse sich im Landesvergleich feststellen, dass sich das Ergebnis sehr wohl sehen lassen könne.

Dem Eindruck, beim Abfallzweckverband würden in unangemessener Weise und Höhe Schulden verursacht, müsse deutlich widersprochen werden. Die Finanzierung der Investitionen sei so geregelt worden, dass der Bürger unter geringstmöglicher finanzieller Belastung die Abfallentsorgungsleistung erhalte. Der Zweckverband müsse wie jeder andere Verband und wie der Landkreis selbst strenge Maßstäbe an die Finanzierung seiner Maßnahmen legen.

Kreistagsabgeordneter **Just** stellte klar, es gehe der BfB-Fraktion nicht um das Hinterfragen von Sinn und Zweck der Darlehensaufnahme. Bei der Darstellung der Gesamtschulden vermisste man aber den großen Schuldenposten von 43 Mio. Euro Anteil des Landkreises Friesland an den Zweckverbandsschulden, den die Bürger über die Gebühren zu verzinsen und zu tilgen hätten. Die Aufgabenwahrnehmung sollte ohne horrend hohe Verschuldung erfolgen, sowohl beim Landkreis als auch in Zweckverbänden.

Es sei im Übrigen kein Widerspruch, einerseits eine Senkung der Kreisumlage zu fordern und den hohen Schuldenstand zu kritisieren. Bei beiden Positionen nehme der Landkreis gegenüber den Kommunen eine stärkere Stellung ein. Im Ergebnishaushalt solle in 2011 ein Plus von 1,65 Mio. Euro erzielt werden; die Städte und Gemeinden – eine Übersicht ihrer aktuellen Finanzlage sei leider bislang nicht vorgelegt worden – stünden im Vergleich bedeutend schlechter da.

Hinsichtlich der Schulden sei der Landkreis ebenfalls im Vorteil: Er habe der EWE rd. 100 Mio. Euro als Kapitalerhöhung zur Verfügung gestellt; eine Verzinsung dafür = 5 Mio. Euro jährlich stehe aus. Dieser Anspruch stünde nur dem Landkreis zu. Seitens der Kommunen gelte es, die Durchsetzung dieses Anspruchs zu forcieren und eine Senkung der Kreisumlage einzufordern.

Landrat **Ambrosy** wies die erhobenen Unterstellungen zurück und ging auf die Redebeiträge der BfB-Fraktion ein:

In 2011 werde man die Eröffnungsbilanz vorlegen können, aus der man entnehmen könne, dass der Landkreis gut aufgestellt sei. Erstmals werde dann im Rahmen der Doppik auch das Vermögen ausgewiesen.

Der Abfallzweckverband habe Schulden – deren Aufnahme man in den Zweckverbandsghremien eingehend erörtert habe. Der Zweckverband verfüge aber auch über einen Entschuldungsplan, der eine erhebliche Schuldenreduzierung bis 2020 vorsehe; bis 2035 sei demnach eine komplette Entschuldung möglich. Zudem handele es sich um intensive Schulden, denen entsprechende geschaffene Werte gegenüber stünden, so dass von Überschuldung keine Rede sein könne.

Gelder für den Landkreis Friesland fordere er im Übrigen, so der Landrat, bei allen sich bietenden Gelegenheiten ein – auch wenn er darüber aufgrund der Vertraulichkeit von Sitzungen nicht berichten dürfe. Derlei Äußerungen gelte es auch deshalb vorsichtig handzuhaben, da die Interessenlagen z. B. bei den Mitgliedern des EWE-Zweckverbandes durchaus unterschiedlich seien. Mehrheiten seien für den Ausgang der Diskussionen häufig der entscheidende Faktor.

Zur Kreisumlage sei festzustellen: Wenn bei gleichem Punktestand die Einkünfte aus der Kreisumlage stiegen, so sei dies ein Indiz dafür, dass Städte und Gemeinden offenbar höhere Einnahmen erzielten. Vielleicht sei vor diesem Hintergrund erklärbar, dass der Kreisverwaltung aktuellere Zahlen zu den Haushalten der Kommunen nicht vorlägen. Quartalsberichte gebe es nur bei einigen Kommunen, seien dem Landkreis aber ebenfalls nicht bekannt – die Quartalsberichte des Landkreises aber leite man den Städten und Gemeinden zu. Zudem sei der Jahresabschluss für die finanzielle Aussagekraft Ausschlag gebend.

Die angespannte finanzielle Situation der Kommunen liege nicht in der Höhe der Kreisumlage begründet. Die Ursache sei vielmehr in der fehlenden Mittelausstattung für Landkreis, Städte und Gemeinden zur Aufgabenwahrnehmung zu suchen. Land und Bund seien aufgefordert, eine wirksame Änderung des Finanzausgleichs herbei zu führen. - Die finanziellen Zuwendungen an die Gemeinden Wangerland und Stadt Varel seien mit der oberen Kommunalaufsicht abgesprochen und rechtens.

Eines werde im Rahmen der Diskussion zu wenig hervor gehoben:

In Zeiten von Haushaltskonsolidierungs- und Sparkonzepten sei der Landkreis nicht „Herr im eigenen Haus“ gewesen. Seit drei Jahren verfüge man über einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt. Daher sei es möglich, auch freiwillige Ausgaben im Sinne von Solidaritäts- und Liquiditätszuschüssen z. B. an Varel und Wangerland zu leisten. Für andere Not leidende Kommunen käme ggf. eine entsprechende Beschlusslage bei gleicher Ausgangssituation naturgemäß auch in Frage. Der Gedanke einer Solidargemeinschaft gebiete dies.

Eine teilweise Ausschüttung der EWE-Zweckverbandsumlage an die Städte und Gemeinden habe der Landkreis Friesland als einziger von 21 Landkreisen und kreisfreien Städten praktiziert. Man habe diesen Schritt im Vorfeld auch entsprechend angekündigt.

Der Landkreis Friesland habe eine Vielzahl von Zuständigkeiten und beteilige sich an vielen Tochtergesellschaften. Seit 2003 verfolge man einen strikten Modernisierungskurs. Der Rettungsdienst Friesland habe keine Schulden, verfüge über einen neuen Fuhrpark und neue Gebäude. Das Northwest-Krankenhaus

Sanderbusch sei zu 80 % saniert und befinde sich finanziell in der Lage auch weiterhin sanieren zu können.

Auch die Wohnungsbaugesellschaft Friesland verfüge durch eine Vielzahl von Immobilien usw. über Vermögen und schreibe positive Zahlen.

Der Modernisierungs- und Konsolidierungskurs in Friesland sei seit 2003 schrittweise voran getrieben worden; dies werde zu wenig in den Fokus gerückt. Auch in anderen Beteiligungen des Landkreises sei eine positive Entwicklung zu verzeichnen.

In 2012 werde man diese Zahlen bei Vorlage der Konzernbilanz schwarz auf weiß vor sich haben. Der Landkreis Friesland stehe besser da als vor 10 Jahren und habe es nicht verdient, schlecht geredet zu werden. In Hannover würden die Rahmendaten Frieslands sehr positiv zur Kenntnis genommen, zumal man einer der wenigen Landkreise sei, die über einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt verfügten.

Noch vor zwei Jahren habe man für Friesland sehr negative Auswüchse aus der Finanz- und Wirtschaftskrise befürchtet. Bei allen, die den so glimpflichen Verlauf der Krise durch ihre Arbeit ermöglicht hätten, gelte es sich heute zu bedanken. Zu Schwarzseherei bestehe kein Anlass.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke führte sodann das Abstimmungsverfahren nach folgendem Ablauf herbei:

#### **Beschlussvorschläge bzw. Beschlüsse:**

a)

Die BfB-Fraktion beantragt, die Sonderausschüttung des EWE-Zweckverbandes zu je 50 % auf die Städte und Gemeinden und den Landkreis Friesland aufzuteilen, alternativ: Senkung der Kreisumlage um 1 Punkt

b)

Die BfB-Fraktion beantragt:

Für die Kapitalerhöhung bei EWE, zu der die Kommunen 16 % ihrer Anteile im Wert von 1 Mrd. Euro beigesteuert haben, wird eine angemessene Verzinsung bzw. Dividende in Höhe von 5 % = 50 Mio. Euro jährlich, für den Landkreis Friesland entsprechend 5 Mio. Euro jährlich, angestrebt.

c)

Antrag des Kreistagsabgeordneten Zielke, zum 1. April 2011 oder alternativ zum 1. Juni 2011 einen Pflegestützpunkt einzurichten.

d)

Abstimmung über den Haushaltsplan 2011 (Ergebnis- und Finanzhaushalt) in der dem Wirtschaftsausschuss sowie dem Kreisausschuss vorgelegten Fassung. (Der Kreisausschuss hatte am 8. Dezember 2010 in Vorbereitung des Kreistagsbeschlusses Kenntnis genommen und die endgültige Beschlussfassung dem Kreistag überlassen.)

Die Haushaltssatzung 2011 wird damit einhergehend in folgender Form festgestellt:

## **Haushaltssatzung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2011**

Auf Grund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 65 der Niedersächsischen Landkreisordnung hat der Kreistag des Landkreises Friesland in der Sitzung am 13. Dezember 2010 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

### **§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 wird

**1. im Ergebnishaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	<b>121.289.097 Euro</b>
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	<b>121.289.097 Euro</b>
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	<b>0 Euro</b>
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	<b>0 Euro</b>

**2. im Finanzhaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<b>114.038.703 Euro</b>
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<b>112.205.721 Euro</b>
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	<b>3.799.630 Euro</b>
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	<b>11.587.400 Euro</b>
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	<b>5.761.188 Euro</b>
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	<b>3.806.400 Euro</b>

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	<b>123.599.521 Euro</b>
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	<b>127.599.531 Euro</b>

### **§ 2**



Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **5.761.188 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf **2.220.000 Euro** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2011 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **22.500.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Der Umlagesatz der Kreisumlage wird auf **54 %** der Steuerkraftmesszahlen und der Gemeindeschlüsselzuweisungen festgesetzt.

Jever, den 13. Dezember 2010

**LANDKREIS FRIESLAND**

(Ambrosy)  
Landrat

**Abstimmungsergebnisse:**

zu a)

3 Ja-Stimmen,  
39 Gegenstimmen  
2 Enthaltungen

= Ablehnung des Antrages der BfB-Fraktion

zu b)

7 Ja-Stimmen  
35 Gegenstimmen  
2 Enthaltungen

= Ablehnung des Antrages der BfB-Fraktion

zu c)  
4 Ja-Stimmen  
32 Gegenstimmen  
8 Enthaltungen

= Ablehnung des Antrages von KTA Zielke

zu d)  
40 Ja-Stimmen  
2 Gegenstimmen der Kreistagsabgeordneten Janto Just und Wolfgang Janßen  
(Namen auf Wunsch protokolliert)  
keine Enthaltungen

= Annahme von Haushaltsplan (Ergebnis- und Finanzhaushalt) und  
Haushaltssatzung 2011

(Anm.: Die Kreistagsabgeordneten Kammer und Husemann hatten während der  
noch laufenden Haushaltsaussprache die Sitzung verlassen.)

#### **TOP 5.3.4 Stellenplan 2011 (WTKF 30.11.) Vorlage: 814/2010**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.2.2 der Kreisausschuss-Niederschrift  
vom 8. Dezember 2010 zur Kenntnis. - Kreistagsvorsitzender Pauluschke ließ  
sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen:

#### **Beschluss:**

Der Stellenplan des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2011 – mit gesonderter  
Ausweisung des in den Einrichtungen

- Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch
- Volkshochschule und Musikschule Friesland – Wittmund
- Rettungsdienst Friesland
- Zweckverband Abfaldeponie Friesland/Wittmund
- gemeinsame Einrichtung Job-Center Friesland
- Zweckverband Veterinäramt JadeWeser
- Gemeinsame Leitstelle Friesland-Wilhelmshaven
- JadeBay GmbH

beschäftigten Personals des Landkreises wird in der der Kreisausschuss-  
Niederschrift beigefügten Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**  
mehrheitliche Zustimmung  
bei 40 Ja-Stimmen  
und 2 Gegenstimmen

**TOP 5.3.5 Kreditaufnahmen und Umschuldungen 2010 (WTKF 30.11.)**  
**Vorlage: 835/2010**

Der Kreistag nahm die Kreditaufnahmen und Umschuldungen 2010 zur Kenntnis.

**TOP 5.3.6 Schulentwicklungsplanung im Landkreis Friesland (SchulA 01.12.)**  
**Vorlage: 827/2010**

Der Kreistag folgte dem Votum des Kreisausschusses vom 8. Dezember 2010 (TOP 3.1.6 der Niederschrift) und beschloss wie folgt:

**Beschluss:**

1. Die Ausführungen zur Schulentwicklungsplanung werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird unter Berücksichtigung der anstehenden Entwicklung der Schulstruktur ab dem Schuljahr 2011/2012 (siehe hierzu auch die Ausführungen zu TOP 3.2.2 der Schulausschuss-Niederschrift vom 01.12.2010) Szenarien für die einzelnen Schulstandorte ausarbeiten. Der Antrag der BfB-Fraktion vom 11.09.2010 wird innerhalb dieser Szenarienentwicklung behandelt. Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit erneut berichten

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**TOP 5.3.7 Antrag der BfB-Fraktion vom 29.11.2010 "EWE soll unrechtmäßige Gaspreiserhöhungen vollständig zurückzahlen"**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.7 der KA-Niederschrift vom 8. Dezember 2010 zur Kenntnis. Kreistagsvorsitzender **Pauluschke** verwies auf die kürzlich stattgefundenene Sitzung des EWE-Zweckverbandes; dort habe man sich mit der im BfB-Antrag formulierten Forderung auseinander gesetzt. Im Ergebnis sei abschlägig entschieden worden. Im Grunde sei der Antrag damit erledigt.

Kreistagsabgeordneter **Just** beantragte namens der BfB-Fraktion, der Kreistag möge die Aufforderung an die EWE richten, allen damaligen Gas-Sondervertragskunden die Gaspreiserhöhungen freiwillig vollständig zurück zu zahlen. Eine nur teilweise Rückzahlung gemäß Scherf-Kompromiss – 40 % - werde als unzureichend angesehen. Der neuerliche Beschluss des EWE-Verbandes ziele in die falsche Richtung.

Weitere Gerichtsverfahren und Niederlagen der EWE seien zu erwarten. Vor dem Amtsgericht Aurich seien 9 Fälle gegen EWE entschieden worden, Ende Dezember werde das Amtsgericht Oldenburg erstmalig ein Urteil sprechen. Das Oberlandesgericht werde ebenfalls in Kürze über die vorherigen Preiserhöhungen

entscheiden. Auch von dort sei signalisiert worden, dass man es für selbstverständlich halte, dass die Kunden sich mit dem Scherf-Kompromiss nicht zufrieden gäben.

In der KA-Diskussion sei auf Versäumnisse der EWE eingegangen worden. Auch andernorts wie z. B. in Aurich oder Leer werde EWE heftig in der Öffentlichkeit für Fehler kritisiert. Die Kommunen des EWE-Zweckverbandes seien allerdings auf dem besten Wege, sich ebenfalls schwerer Fehler schuldig zu machen.

EWE habe ihren Kunden seinerzeit versichert, sie bräuchten keinen Widerspruch einzulegen. Mit dem BGB-Urteil sei EWE gescheitert; nun werde auf den nicht eingelegten Widerspruch und eine Erstattung von nur 40 % verwiesen. Lt. Amtsgericht Aurich handele es sich dabei um einen Verstoß gegen Treu und Glauben.

Hinsichtlich der vorenthaltenen Rückzahlungsbeträge handele es sich im Übrigen wohl auch um eine ungerechtfertigte Bereicherung nach § 812 BGB. Die Kommunen machten sich angesichts ihrer Haltung in dieser Angelegenheit gegenüber den rd. 600.000 EWE-Stromkunden ebenfalls schuldig. Der Kreistag Friesland sollte daher gegenüber EWE auf einer 100 %igen Rückzahlung bestehen. - Der BfB-Antrag werde aufrecht erhalten.

Kreistagsvorsitzender **Pauluschke** stellte fest, über das Verhalten anderer Kommunen habe man nicht zu befinden. In der EWE-Verbandsversammlung sei exakt über diesen Antrag beraten und abgestimmt worden. Mit großer Mehrheit sei der Antrag abgelehnt worden – trotz Unterstützung des Begehrens durch die Vertreter des Landkreises Friesland. Dieses Ergebnis gelte es zu akzeptieren.

Kreistagsabgeordneter **Harms** unterstützte den Antrag der BfB-Fraktion. Als Privatmann habe er den Anbieter zum 01.10.2010 gewechselt. Für den Zeitraum der zuviel gezahlten EWE-Beiträge müsse ein Rückzahlungsanspruch bestehen; für diesen Anspruch werde er vor Gericht gehen.

Eine nur 40 %-Erstattung an die Kunden sei zu wenig. Gleichzeitig habe EWE die Gaspreise um 15,9 % erhöht und hole sich das Geld damit quasi zurück. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten eine Unterstützung ihrer rechtlichen Position; das Verhalten der EWE lasse Zweifel am Rechtsverständnis aufkommen.

Den Vertretern des Landkreises Friesland könne aufgrund ihres Abstimmungsverhaltens kein Vorwurf gemacht werden, aber das Verhalten der EWE allgemein sei so nicht hinnehmbar.

Kreistagsvorsitzender **Pauluschke** empfahl, der Kreistag möge beschließen, dass der Antrag der BfB-Fraktion durch die Abstimmungsergebnisse im EWE-Zweckverband als erledigt angesehen werde. - Der Kreistag beschloss wie folgt:

### **Beschluss:**

Der Antrag der BfB-Fraktion vom 29. November 2010 „EWE soll unrechtmäßige Gaspreiserhöhung vollständig zurückzahlen“ wird durch die abschließende Beschlussfassung der EWE-Gremien vom 3. Dezember 2010 sowie des Stimmverhaltens der Vertreter des Landkreises Friesland als erledigt angesehen.

### **Abstimmungsergebnis:**

34 Ja-Stimmen,  
8 Gegenstimmen

= Der Antrag wird als erledigt angesehen.

### **TOP 5.3.8 Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für 2010 bezüglich des Budgets des Fachbereiches Jugend und Familie Vorlage: 838/2010**

Der Kreistag folgte dem Votum des Kreisausschusses vom 8. Dezember 2010 – TOP 3.1.8 der Niederschrift – und beschloss wie folgt:

### **Beschluss:**

Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 1.200.000,00 € für 2010 für die laufenden Verpflichtungen des Fachbereiches Jugend und Familie werden genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **TOP 5.3.9 Dienstleistungszentrum Varel; hier: Grundsatzbeschluss Vorlage: 837/2010**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.9 der KA-Niederschrift vom 8. Dezember 2010 zur Kenntnis.

Landrat **Ambrosy** erklärte, für die Stadt Varel sei die leer stehende Kaserne ein drängendes Problem mit erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen. Mit einem Dienstleistungszentrum des Landkreises könne ein Zeichen gesetzt werden, dass über die Generalplanung der Stadt Varel an diesem Standort wieder Leben, Wirtschaft, Wohnen und dergl. Einzug halte.

Die Schaffung eines Dienstleistungszentrum mache Sinn, da sich so für die Bürgerinnen und Bürger des Südkreises eine zentrale Anlaufstelle im Mittelzentrum Varel etablieren lasse. Die derzeit vorhandenen 3 – 4 Außenstellen der Kreisverwaltung dagegen seien unwirtschaftlich und bedürften z. T. der erheblichen Sanierung. Dieses Geld lasse sich besser für eine Investition auf dem Kasernengelände nutzen; man erhalte für diesen Mitteleinsatz eine bessere Leistung und erziele deutliche Synergieeffekte. Man erwarte von diesem Schritt auch einen wichtigen Impuls für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung der Kasernennutzung.

Kreistagsabgeordneter **Just** verwies auf die vorgesehene Investitionshöhe von ca. 5,8 Mio. Euro, für die der Landkreis sicherlich erneut Schulden aufnehmen müsse. Es stelle sich die Frage, wie damit der nach Beendigung der Schulsanierung avisierte

Schuldenabbau zu vereinbaren sei. - Was geschehe, wenn kein privater Investor gefunden werde? Die Wirtschaftlichkeit des Objektes sei dann in Frage gestellt.

Landrat **Ambrosy** verwies auf die derzeit bestehende finanzielle Belastung des Kreises durch Unterhaltungs- und Mietkosten der verschiedenen Standorte und erforderlich werdende Sanierungsmaßnahmen (VHS Seilerweg). Vorgesehen sei eine Bündelung dieser Ausgaben und Beauftragung eines Investors zur Errichtung eines DLZ auf dem Kasernengelände. Vorbehaltlich der Zustimmung der Kreisgremien könne Investor die Wohnungsbaugesellschaft Friesland sein, die die Investition tätige. Die Mietzahlung würde für den Landkreis Friesland die bisherigen Aufwendungen möglichst nicht übersteigen. Zins und Tilgung werde naturgemäß im Mietpreis enthalten sein.

Die Maßnahme „Dienstleistungszentrum Varel“ biete somit bei gleicher finanzieller Belastung ein neues Gebäude, einen wirtschaftlichen Impuls für Varel, ein bürgerfreundliches zentrales Angebot und mache eine erneute Schuldenaufnahme entbehrlich.

Der Kreistag beschloss sodann wie folgt:

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zur Errichtung eines Dienstleistungszentrums im Konversionsgebiet der Friesland Kaserne Varel voranzubringen. Eine Fertigstellung im Januar 2013 ist anzustreben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Stadt Varel einen entsprechenden Antrag auf Grunderwerb und Förderung aus den Städtebauförderungsmitteln 'Stadtumbau-West' zu stellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Umsetzung der Sanierung und Umbauinvestitionen sowie den Grunderwerb Gespräche mit möglichen Investoren aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmige Zustimmung bei 2 Enthaltungen

**TOP 5.3.10 Ausweisung des Jeverschen Moorlands als  
Landschaftsschutzgebiet (UmweltA 25.11.)  
Vorlage: 788/2010**

In seiner Sitzung am 8. Dezember 2010 - TOP 3.1.2 der Niederschrift – hatte der Kreisausschuss die Sach- und Rechtslage vorberatend zur Kenntnis genommen; das endgültige Votum wurde dem Kreistag überlassen.

Kreistagsabgeordneter **Ramke** dankte dem Fachbereich Umwelt/Herrn Tuinmann für die Erarbeitung eines Kompromissvorschlages durch Einfügung eines neuen § 6; dieser sei mittlerweile mit den Städten Jever und Schortens abgestimmt. Von beiden Seiten sei nunmehr Zustimmung signalisiert worden, so dass der Kreistag positiv votieren könne.

Kreistagsabgeordneter **Thiesing** begrüßte grundsätzlich die Unterschutzstellung des Areals. Problematisch stelle sich die Zuordnung des Moorlandsweges zu den Schutzzonen I und II (1/3 : 2/3) dar. Statt Einfügung eines neuen § 6 wäre es besser

gewesen, die Schutzbestimmungen der Zone I für die gesamte Wegstrecke gelten zu lassen. Gerade der Zustand des Moorlandsweges mache die Authentizität des Landschaftsschutzgebietes aus; es handele sich um einen der letzten unbefestigten, alten Verbindungswege vom Upjeverschen Forst nach Jever. Der neu eingefügte Zustimmungsvorbehalt ermögliche unter bestimmten Voraussetzungen den Ausbau oder Neubau von Straßen oder Wegen und widerspreche einem umfassenden Schutz des Weges. In dieser Form sei der Verordnungsentwurf daher nicht zustimmungsfähig..

Kreistagsabgeordneter **Burgenger** kritisierte die fehlende Einbindung der Gremien, wenn konkrete Fälle zu entscheiden seien; diese sollten nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung behandelt werden. Die Erarbeitung eines für alle Interessengruppen tragfähigen Kompromisses sei nicht einfach und verdiene Anerkennung. Trotzdem mache es stutzig, dass sich die Gebiete der Schutzzone I ausschließlich im Besitz der Kommunen befänden; Landwirte seien hier nicht betroffen. Insofern sei eine Kompromissituation entstanden, die nicht ganz zufrieden stelle.

Landrat **Ambrosy** verwies auf die mittlerweile seit etwa 10 Jahren geführte Diskussion zur Verordnung „Jeversches Moorland“. Die Stadt Jever vertrete zu diesem Thema eine fundamental andere Auffassung als die Stadt Schortens. Der Landkreis Friesland habe versucht, mit dem vorgelegten VO-Entwurf eine Kompromisslösung anzubieten.

Der erste Entwurf habe die grundsätzliche Möglichkeit eingeräumt, einen Weg unter Verbotsvorbehalt umzugestalten. Wenn Landschaftsschutzziele beeinträchtigt würden, habe danach die Möglichkeit des Verbots der Maßnahme bestanden. Im Rahmen einer sehr heftigen Diskussion sei deutlich geworden, dass diese Lösung nicht gewollt sei und es der Nachbesserung bedürfe. Vor diesem Hintergrund habe Herr Tuinmann den neuen § 6 erarbeitet.

Grundsätzlich bestehe auf dieser Basis ein **Ausbauverbot unter Genehmigungsvorbehalt**; dieses entspreche der Regelung auch in anderen Landschaftsschutzverordnungen. § 6 Absatz 2 ergänze hierzu: „Die Zustimmung ist auf Antrag zu erteilen, **sofern der Ausbau oder Neubau mit dem Schutzzweck nach § 2 dieser Verordnung vereinbar ist.**“ - Wenn der geplante Weg nicht mit dem Landschaftsschutzziel vereinbar sei, werde es somit keine Genehmigung der Maßnahme geben.

Diese Formulierung gebe Sicherheit und lasse erkennen, dass man keinem Interessenträger Vorteile einräume. Bürgermeisterin Dankwardt und Bürgermeister Böhling hätten ihre Zustimmung zum VO-Entwurf vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Gremien signalisiert, wohl wissend, dass es dort eine absolute Zufriedenheit nicht geben werde. Unter dem Strich aber sei eine Lösung erzielt worden, bei der jede Seite bei ihrer ursprünglichen Haltung verbleiben könne und das Inkrafttreten der VO ermöglicht werde.

Dem Kreisausschuss sei es unbenommen, jederzeit und somit auch in diesem Fall die Entscheidung in der Sache an sich zu ziehen. Wenn eine solche Regelung gewollt sei, werde man sie in den Beschluss aufnehmen.

Kreistagsabgeordneter **Just** erklärte, aus BfB-Sicht habe man sich stets für einen Spurplattenweg auf dem Moorlandsweg eingesetzt; man sehe darin keine übermäßige Beeinträchtigung der Natur. Für die Bürger in Rahrdom wäre es

hilfreich, wenn der landwirtschaftliche Schwerverkehr zukünftig nicht mehr vollständig durch die Siedlung in Rahrdom führe, sondern zu einem Teil über den Spurplattenweg erfolgen könnte. BfB stimme der Verordnung zu sowie der Möglichkeit, eines Tages einen Spurplattenweg anzulegen.

Kreistagsabgeordnete **Schwitters** erklärte, seit rd. 10 Jahren werde über den evtl. Ausbau des Moorlandsweges diskutiert. Grundsätzlich sei die Unterschützstellung des Gebietes begrüßenswert. Eine Zuordnung des Weges zur Schutzzone II sei jedoch nicht gewollt; die Einfügung des neuen § 6 sei insofern letztlich keine zufriedenstellende Lösung. Der Moorlandsweg sei ein historischer alter Weg vom Schloss Jever Richtung Forst. Es müsse alles versucht werden, ihn im bisherigen Zustand zu belassen. Frau Schwitters signalisierte ihre Enthaltung zu diesem Punkt; Herr Eggerichs schloss sich dieser Haltung an.

Kreistagsabgeordneter **Harms** begrüßte die Kompromisslösung. Ein größerer Ausbau des Moorlandsweges sei nicht beabsichtigt. Über den Weg gelangten Landwirte mit ihren Fahrzeugen zu ihren externen Bewirtschaftungsflächen. Der Untergrund im Moorland sei naturgemäß nicht sehr fest; Spurplatten könnten verhindern, dass der Weg durch schweres Gerät leide und große Löcher aufweise. Der Zustimmungsvorbehalt der VO ermögliche zumindest ein Ausbessern von Schäden.

Kreistagsabgeordneter **Thiesing** erklärte, die Einfügung des neuen § 6 eröffne nach seiner Einschätzung die Umgehung des in § 2 verankerten Schutzzwecks der Verordnung.

Landrat **Ambrosy** verwies darauf, angesichts der grundsätzlich unterschiedlichen Haltungen der Städte Jever und Schortens bringe es nicht weiter, auf der jeweiligen Rechtsposition zu beharren. § 6 ermögliche Eingriffe nur nach vorheriger intensiver Prüfung und gebe Sicherheit; im Sinne gegenseitigen Vertrauens sollte dieser Kompromiss von allen Beteiligten getragen werden.

Kreistagsvorsitzender **Pauluschke** ließ sodann abstimmen.

#### **Beschluss:**

Der der Kreisausschuss-Niederschrift vom 8. Dezember 2010 als Anlage beigefügten Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Jeversches Moorland“-Stand 08.12.2010 inklusive neu eingefügtem § 6/Zustimmungsvorbehalt – wird zugestimmt.

Im Falle einer erforderlichen Zustimmung im Sinne des § 6 der Verordnung ist ein Beschluss des **Kreisausschusses** herbei zu führen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitliche Zustimmung  
bei 37 Ja-Stimmen  
und 5 Enthaltungen



**TOP 5.3.11 Zensus 2011; Zweckvereinbarung über eine gemeinsame Erhebungsstelle Landkreis Friesland und Stadt Wilhelmshaven  
Vorlage: 843/2010**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 8. Dezember 2010 – TOP 3.1.10 der Niederschrift – beschloss der Kreistag wie folgt:

**Beschluss:**

Auf der Grundlage der der KA-Niederschrift vom 08.12.2010 beigefügten Zweckvereinbarung erfolgt die Durchführung des Zensus 2011 für Landkreis Friesland und Stadt Wilhelmshaven über eine gemeinsame Erhebungsstelle.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Über wichtige Beschlüsse war nicht zu berichten.

**TOP 7 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse**

TOP 7.1 Ausschuss für Bauen, Feuerschutz und Straßenverkehr vom 9. November 2010

TOP 7.2 Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales vom 23. November 2010

TOP 7.3 Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 25. November 2010

TOP 7.4 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 30. November 2010

TOP 7.5 Ausschuss für Schule, Sport und Kultur vom 1. Dezember 2010

Es wurden keine Anfragen gestellt.

**TOP 8      Mitteilungen des Landrates**

Keine.

**TOP 9      Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten**

**TOP 9.1    Antrag der Kreistagsabgeordneten Anja Kindo vom 23.11.2010 betr. Autofreier Tag in 2011**

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen verwiesen.

**TOP 9.2    Antrag der Kreistagsabgeordneten Anja Kindo vom 23.11.2010 betr. Einführung eines Sozialtarifs für Strom und Gas**

Der Kreistag verwies den Antrag in den Kreisausschuss.

**TOP 9.3    Antrag der Kreistagsabgeordneten Anja Kindo vom 23.11.2010 betr. Interkulturelle Öffnung des Landkreises**

Der Antrag wurde an den Kreisausschuss verwiesen.

**TOP 9.4    Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorsitzender KTA Uwe Burgenger) vom 26. November 2010 betr. Antrag auf Zulassung als Optionskommune**

Kreistagsvorsitzender **Pauluschke** verwies auf die vielfachen intensiven Erörterungen der Thematik „gemeinsame Einrichtung/Option“ in den Kreisgremien. Heute gehe es darum, eine abschließende Entscheidung in der Sache zu treffen.

Kreistagsabgeordneter **Burgenger** erinnerte an den Kreistagsbeschluss vom 10. Dezember 2008, mit dem man sich für die künftige Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Rahmen einer erweiterten gesetzlichen Option ausgesprochen habe. Danach sei kein weiterer Beschluss zur Option erfolgt. - Am 22. September 2010 habe der Kreistag von Vertragsverhandlungen der Kreisverwaltung mit der Bundesagentur für Arbeit Kenntnis genommen.

Der Kreistagsbeschluss vom 10.12.2008 habe allerdings keinen rechtsverbindlichen Charakter mehr, da der Bundesgesetzgeber vorgebe, dass ein Optionsbeschluss nur gelte, wenn er nach dem 17. Juni 2010 gefasst worden sei.

Mehr als fünf Jahre habe die CDU-Kreistagsfraktion die Option gefordert; nun, wo eine reelle Chance dafür bestehe, spreche sie sich dagegen aus. Die Zusammenarbeit mit der BA werde gelobt, obwohl den Kreisausschuss-Protokollen vom 4. Februar 2009 bzw. 18. März 2009 zu entnehmen sei, mit welchen Schwierigkeiten sie tatsächlich behaftet sei.

Für den Landkreis Friesland stelle sich die Frage, ob er zukünftig eine aktive Rolle in der arbeitsmarktorientierten Sozialpolitik übernehmen wolle. In den Jobcentern konzentriere sich die Betreuung immer mehr auf die klassische Sozialhilfe-Klientel; Ursachen seien sinkende Arbeitslosigkeit und demografischer Wandel. Die Anliegen dieser Menschen gehörten von jeher zur Kernkompetenz der Kommunen. Im Gegenzug sei erkennbar, dass die BA immer mehr Einfluss in den gemeinsamen Einrichtungen gewinne. Die bundesweite Arbeitsvermittlung verliere aber an Bedeutung.

Im Interesse der Menschen in Friesland müsse ein Höchstmaß an Entscheidungen vor Ort getroffen werden – nicht in Nürnberg. Auch bei Fehlentwicklungen könne dann lokal gegen gesteuert werden.

Vor diesem Hintergrund werbe er dafür, so Herr Burgenger, die Zulassung des Landkreises Friesland als Optionskommune zu beantragen. Alle Gutachter und um Informationen gebetenen Optionskommunen wie z. B. die Landkreise Ammerland und Osnabrück hätten über gute Erfahrungen berichtet; finanziell sei die Option nach deren Auskünften auskömmlich. Keine der 69 Optionskommunen in Deutschland habe im übrigen von einem Rücktritt Gebrauch gemacht; offenbar sei diese Variante die bessere Lösung.

Kreistagsabgeordneter **Thiesing** verwies auf die Veränderung der Rahmenbedingungen seit dem Kreistagsbeschluss aus 2008. Die damalige Entscheidung für eine Optionskommune basiere auf ganz anderen Gegebenheiten. Ferner habe sich im Rahmen der Kooperation zwischen Kommunen und BA die Zusammenarbeit seitdem verbessert, so dass die anfangs geäußerten Vorbehalte nicht mehr existent seien. Die heute andere Einstellung der CDU -Fraktion sei somit den geänderten Rahmenbedingungen des neuen Optionsmodells geschuldet.

Kreistagsabgeordneter **Koch** erklärte, Entscheidungen bei Option oder Arge würden nicht in Nürnberg, sondern vor Ort getroffen. Die Zahl der überregionalen Vermittlungen nehme momentan eher zu statt ab. Bei den Arbeitslosen verfestige sich immer mehr das Bewusstsein, sich nur dann aus ihrer Situation befreien zu können, wenn sie auch für überregionale Vermittlungen offen seien.

Die CDU-Kreistagsfraktion spreche sich für eine gemeinsame Einrichtung aus, weil die Arge Friesland weit überdurchschnittliche Arbeit geleistet habe. Auch die Verwaltung habe im Rahmen ihrer Vereinbarungsverhandlungen positiv bewertet, dass alle vom Kreistag geäußerten Anforderungen mit der BA ausgehandelt werden konnten. Alle Anzeichen sprächen dafür, in diesem Sinne die Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Einrichtung fortzusetzen.

Kreistagsabgeordnete **Schlieper** stellte fest, nur wenige Themen seien in den politischen Gremien so eingehend erörtert worden wie die Fragestellung Arge oder Option. Man sei sich einig darin, dass es keine richtige oder falsche Entscheidung in der Sache gebe; für beide Modelle gebe es ein Für und Wider. Namens der Fraktion beantragte Frau Schlieper die geheime Abstimmung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kreistagsabgeordneter **Just** bekundete die Zustimmung der BfB-Fraktion zum Optionsantrag, weil der Landkreis Friesland und seine Gremien über dieses Modell mehr Einflussmöglichkeiten erlangten. Der bisherigen Einrichtung stehe die Fraktion kritisch gegenüber. Wie bereits im Kreistag am 22. September 2010 erläutert, sei es seitens der BA als Erfolg bewertet worden, dass die Leistungen doppelt so stark gekürzt worden seien wie die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zurück gegangen sei. Damit sei nach Auffassung der Fraktion auf Kosten der Leistungsempfänger gespart worden.

Ferner sei von der BA positiv dargestellt worden, dass bei der ARGE Friesland weniger als 10 % der Widersprüche zum Erfolg führten. Diese Feststellung sei zynisch, weil die Erfolgsquote vor Gericht bei 30 – 35 % liege. Offenbar werde hier die Unbedarftheit der Menschen ausgenutzt und gegen berechnete Ansprüche vorgegangen. Beide Träger der gemeinsamen Einrichtung seien für dieses Vorgehen zu kritisieren. - Im Rahmen einer Optionskommune wäre Ansprechpartner zukünftig nur noch der Landkreis; für die Leistungsempfänger könne dadurch vor Ort mehr getan werden.

Landrat **Ambrosy** widersprach. Jedem Bürger stehe der Rechtsweg und damit die Prüfung seiner Leistungsansprüche offen; hier gebe es keine Einschränkungen, zumal Verfahren vor dem Sozialgericht kostenfrei seien.

Die heutige Situation sei für ihn persönlich, so der Landrat, nicht einfach, weil er seine Doppelfunktion als politisches Mitglied des Kreistages und Hauptverwaltungsbeamter gleichermaßen verspüre und wahrzunehmen habe. - Der Kreistag habe ihn am 22. September 2010 als Verhandlungsführer beauftragt, einen Vertragsentwurf vorzulegen, dem der Kreisausschuss am 17. November 2010 zugestimmt habe. Als grundsätzlicher Befürworter der Option befinde er sich nunmehr in der schwierigen Lage, einerseits in nichtöffentlicher Sitzung über diesen Vertrag abstimmen zu lassen, sich andererseits aber auch mit dem vorliegenden Optionsantrag auseinander setzen zu müssen.

Durch die heutige späte Beschlussfassung in der Sache ergebe sich für die Verwaltung angesichts einzuhaltender Fristen ein drängendes Zeitproblem. Hierauf gelte es in aller Deutlichkeit und im Interesse des Schutzes der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzuweisen. Der Antrag hätte dem Nds. Sozialministerium bereits am Freitag, 10. Dezember 2010, zur ersten Sichtung vorliegen sollen (Fristablauf: 31.12.2010). Die Kreisverwaltung habe daher vorsorglich dem Land avisiert, dass möglicherweise sehr kurzfristig noch eine Antragstellung erfolge.

Sollte der Antrag der Grünen heute eine Mehrheit finden, so wäre innerhalb sehr kurzer Zeit ein ca. 100 Seiten umfassendes Antragswerk auf den Weg zu bringen. Die Verwaltung habe den Anspruch, diese Aufgabe bestmöglich zu erfüllen. Dennoch müsse an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass voraussichtliche Optionsbewerber auch die Landkreise Lüchow-Dannenberg, Wittmund, Aurich und Schaumburg-Lippe seien und Friesland damit einer von fünf Bewerbern um drei, maximal vier mögliche Optionen sei. Auch im Landkreis Celle stehe eine abschließende Entscheidung noch aus. Die Ausgangslage sei also schwierig.

Die Kreisverwaltung werde sich vorbehaltlich des Ausgangs der Abstimmung der Aufgabe stellen. Für den Fall einer Ablehnung des Optionsantrages des Landkreises

Friesland wolle er, so der Landrat, die besonderen Umstände aber bereits heute in aller Klarheit beim Namen nennen.

Die Übernahme der Aufgaben einer Optionskommune sei mit großen Erwartungen und Ansprüchen verbunden. Die bei einem solch großen Projekt zu erwartenden Probleme und Herausforderungen gerade in der Anfangsphase seien nur gemeinsam zu meistern.

Kreistagsabgeordneter **Wimmer** erklärte, die FDP-Fraktion habe sich von jeher für das Optionsmodell stark gemacht. Ein wichtiges Argument sei die Nähe zu den betroffenen Menschen. Die enge Vernetzung der beteiligten Behörden beim Landkreis sei von Vorteil und ermögliche eine direkte Problemlösung. Nach langen und intensiven Diskussionen müsse heute durch eine abschließende Beschlussfassung Klarheit geschaffen werden.

Kreistagsabgeordneter **Chmielewski** erklärte seine Unterstützung für den Optionsantrag.

Nach Abschluss der Wortmeldungen stellte Kreistagsvorsitzender **Pauluschke** fest, ein Optionsbeschluss erfordere nach den Vorgaben des § 6 a Abs. 2 Satz 3 SGB II eine qualifizierte 2/3-Mehrheit der insgesamt 47 Stimmen der Kreistagsmitglieder = 32 Ja-Stimmen. Anwesend waren zu diesem Zeitpunkt noch 42 Kreistagsabgeordnete.

Auf Antrag von Frau Schlieper namens der SPD-Fraktion sowie entsprechende Unterstützung durch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wurde sodann die geheime Abstimmung über den Antrag „**Der Landkreis Friesland beantragt die Zulassung als Optionslandkreis**“ (Stimmzettel – Wahlkabine – Sammelurne) durch die Verwaltung vorbereitet. Zu Stimmzählern wurden von Herrn Kreistagsvorsitzenden Pauluschke die Kreistagsmitglieder Uwe Osterloh und Ralf Thiesing bestimmt.

Die Kreistagsmitglieder wurden sodann durch Herrn Pauluschke nach alphabetischer, nach Fraktionen geordneter Reihenfolge aufgerufen und gaben geheim ihr schriftliches Votum ab. Die Stimmzähler öffneten die Sammelurne und ermittelten das Abstimmungsergebnis.

**Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

„Der Landkreis Friesland beantragt die Zulassung als Optionslandkreis. Die Kreisverwaltung wird beauftragt einen entsprechenden Antrag zu stellen.“

Kreistagsvorsitzender Pauluschke stellte das **Abstimmungsergebnis** wie folgt fest:

Auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entfielen

32 Ja-Stimmen,  
9 Gegenstimmen und  
1 Enthaltung

**Kreistagsvorsitzender Pauluschke stellte fest, dass der Antrag damit mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit angenommen worden sei.**

Landrat Ambrosy führte zum weiteren Prozedere aus, die Kreisverwaltung werde auf Basis dieses Beschlusses nunmehr einen Optionsantrag (§ 6 a Abs. 2 SGB II) vorbereiten und fristgerecht beim Nds. Sozialministerium einreichen.

Im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung stehe gleichwohl der Abschluss des Vertrages zur Schaffung einer gemeinsamen Einrichtung an. Dieser sei nach wie vor erforderlich, weil nach der gesetzlichen Wirkung auch im Falle der Option das Jahr 2011 noch ein Jahr der gemeinsamen Einrichtung sei. Insofern bitte er sehr darum, der Vereinbarung im nichtöffentlichen Teil zuzustimmen, auch für den Fall, dass der Optionsantrag vom Sozialministerium abgelehnt werde. - Der Kreistag nahm Kenntnis.

**TOP 9.5 Antrag des Kreistagsabgeordneten Iko Chmielewski vom 12.08.2010 betr. Resolution gegen die Abschiebung von Angehörigen der Volksgruppe der Roma in die Republik Kosovo (TOP 13.2 der Kreistagsitzung vom 22. September 2010) - öffentliche Diskussion**

Wie unter TOP 3 festgestellt, erfolgte die Aussprache zum Antrag von KTA Chmielewski im öffentlichen Teil der Sitzung.

Kreistagsabgeordneter **Chmielewski** erläuterte, die politischen Verhältnisse im Kosovo seien zwar gefestigt. Da aber die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dort noch schlecht seien, sollte aus humanitären Gründen von einer Rückführung von Roma in das Land abgesehen werden. Daher sollte der Kreistag eine Resolution an das Nds. Innenministerium richten, die Abschiebung auf mindestens sechs Monate auszusetzen, um eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen im Kosovo überprüfen zu können.

Insbesondere gehe es um die Wahrung des Kindeswohls, denn ein Großteil der in Deutschland lebenden Roma sei jünger als 16 Jahre. Im Falle einer Abschiebung kehrten sie in eine Gesellschaft zurück, in der jetzt schon eine hohe Arbeitslosigkeit von ca. 43 % herrsche; unter den Roma selbst betrage die Arbeitslosenquote 58 %. Für die Betroffenen, vor allem aber für die Kinder stelle diese Situation eine unzumutbare Härte dar. Eine Aussicht auf berufliche Betätigung bestehe nicht; im Übrigen seien die Menschen im Kosovo angesichts der dort herrschenden angespannten Situation sicherlich nicht ohne weiteres willkommen. - Es handele sich um eine Bitte an das Nds. Innenministerium, die Abschiebungspraxis aus humanitären Gründen auszusetzen.

Kreistagsvorsitzender **Pauluschke** verlas den Beschlussvorschlag des Kreisausschusses vom 27.10.2010. Der Nds. MI werde darin aufgefordert, von seinem Recht Gebrauch zu machen und Abschiebungen von Roma in den Kosovo auszusetzen. - Kreistagsabgeordneter **Chmielewski** erklärte sich mit dem Beschlussvorschlag des Kreisausschusses einverstanden.

Kreistagsabgeordneter **Wolfgang Janßen** verwies darauf, zwischen der BRD und dem Kosovo bestehe ein Rückführungsvertrag. Der Nds. MI habe die Möglichkeit, Familien mit Kindern, die eine Ausbildung absolvierten oder zur Schule gingen, nicht abzuschieben. Der Kreistag habe nicht die Kompetenz, hier einzugreifen. Die EU

investiere hohe Summen in die Weiterentwicklung des Kosovo, Polizisten seien nach dort entsandt.

Landrat **Ambrosy** führte aus, man bewege sich bei dieser Resolution auf dem Gebiet des übertragenen Wirkungskreises. Der Landkreis sei in dieser Aufgabenwahrnehmung weisungsgebunden, habe aber gleichwohl in der Sache Kontakt zum Nds. MI aufgenommen. Er verweise insofern auf die in der Vorlage zu TOP 3.1.1/nichtöffentlicher Teil erwähnte Stellungnahme des MI vom Januar 2010 und die dort getroffene Aussage: *„Für die kommunalen Gebietskörperschaften, die die ausländerbehördlichen Aufgaben im Rahmen des übertragenen Wirkungskreises weisungsgebunden auszuführen haben, bedeutet dies, dass sie keine eigene Bewertung der Situation in der Republik Kosovo vorzunehmen, sondern auf der Grundlage der Bewertung staatlicher Stellen ihre ausländerbehördlichen Vollzugsaufgaben zu erfüllen haben.“*

Als Weisungsempfänger seien Landrat und Kreisverwaltung als Ausländerbehörde gebunden. Der Kreistag habe in dieser Angelegenheit das politische Recht der Meinungsäußerung; eine eigene Bewertung stehe aber dem Landkreis und seinen Gremien nicht zu. Hierauf müsse er ausdrücklich hinweisen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

## **TOP 10    Anfragen nach § 11 GO**

Keine.

## **TOP 11    Anregungen und Beschwerden**

### **TOP 11.1    Anregung des Kreistagsabgeordneten Rudolf Böcker / Errichtung eines Buswartehäuschens am Gymnasium am Mühlenweg, Varel**

Kreistagsabgeordneter **Böcker** bat die Verwaltung um Prüfung, ob an der Bushaltestelle Gymnasium am Mühlenweg, Varel, nicht ein Unterstand für wartende Schüler errichtet werden können; Kinder und Jugendliche seien dort jedem Wetter ungeschützt ausgesetzt.

Landrat **Ambrosy** dankte für den Hinweis; es gebe einen Fördertopf zur Schaffung von Buswartehäuschen. Ein solcher Unterstand nach VEJ-Standard belaufe sich auf ca. 10.000 Euro. Der Landeszuschuss sei erheblich. Der Landkreis habe per Grundsatzbeschluss signalisiert, sich an derlei Maßnahmen über vom Land zugewiesene ÖPNV-Mittel zu beteiligen, wenn die entsprechende Kommune sich ebenfalls finanziell einbringe. Es sei zu klären, wieviel Euro an Eigenmitteln zur Errichtung einer entsprechenden Buswartestelle erforderlich seien. Die Mittel würden in Friesland bislang nur zögerlich abgerufen. In 2011 laufe das Förderprogramm voraussichtlich aus; daher sollten Stadt Varel und Landkreis die Details klären und ggf. einen Kofinanzierungsbeitrag leisten.

## **TOP 11.2 Kreistagsabgeordnete Schlieper: Ablieferung EWE-Aufsichtsratsvergütung**

Kreistagsabgeordnete **Schlieper** verwies auf ihre seit 1. Mai 2010 bestehende Mitgliedschaft im EWE-Aufsichtsrat; erstmalig habe sie auch Bezüge für diese Tätigkeit erhalten. Nach Abzug von Steuern werde sie gemäß Kreistagsbeschluss vom Dezember 2005 diese Bezüge an den Landkreis Friesland abführen. Dieser Betrag sollte dem Innovationsfonds im Rahmen der geplanten Bildungsregion Friesland zukommen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

### Anm. der Verwaltung::

Die avisierten Mittel sind auf das Sachkonto im Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs 11 eingezahlt worden.

## **TOP 12 Einwohnerfragestunde**

Eine Bürgerin aus Varel meldete sich zu Wort. Als Mitglied von amnesty international liege ihr besonders die beantragte Resolution zur Aussetzung der Abschiebung von Roma in den Kosovo am Herzen. Die Verabschiedung der Resolution sei wünschenswert; eine weitere Aussprache zum Thema erfolge leider nun im nichtöffentlichen Teil.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Kreistagsvorsitzender **Pauluschke** wünschte allen zum Abschluss der öffentlichen Sitzung besinnliche Weihnachtsfeiertage und ein gutes Jahr 2011. Um 18.15 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. Der Kreistag setzte seine Beratung ab 18.20 Uhr in nichtöffentlicher Sitzung fort.

gez. **Bernd Pauluschke**  
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**  
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**  
Protokollführerin